BERLIN
Montag
18. April
1932

Der Abend

10 Pf.
Nr. 181
B 91
49. Jahrgang

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts". Bezugspreis für beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro Monat (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungsgebühr und 72 Pf. Postbestellgebühren

Spätausgabe des „Vorwärts"

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 30 Pf. Reklamezeile 2.– M. Ermäßigungen nach Tarif. Postscheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 536. – Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Dönhoff (A 7) 292—297

Groener und das Reichsbanner

Kein Anlaß zum Stellungswechsel

Von zuständiger Seite wird gegen die Versuche gewisser Rechtsblätter, einen Gegensatz zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichsminister Groener zu konstruieren, auf das Entschiedenste Verwahrung eingelegt. Abgesehen davon, daß der Groenersche Artikel „Mein Standpunkt" vor dem Empfang des Hindenburg-Briefes geschrieben war, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß für den Reichsminister Groener keinerlei Veranlassung bestand, nach Bekanntgabe dieses Briefes seinen Artikel etwa zurückzuziehen.

Im übrigen wird weiter betont, daß an keiner Stelle des Hindenburg-Briefes die Forderung eines Verbotes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erhoben worden ist. Es wurde lediglich um Nachprüfung des dem Reichspräsidenten über andere Organisationen als die SA. zugeleiteten Materials ersucht und um Stellungnahme des Ministers hierzu geben.

Maßgebend für die von der Reichsregierung verfügte Auflösung der SA. war der Gesichtspunkt, daß diese sich als ein Staat im Staate herausgebildet hatte, wie schon seit langem bei den zuständigen Stellen besorgt wurde, und wie durch das kürzlich beschlagnahmte Material klar erwiesen worden ist.

Höltermann in Breslau.

Das Reichsbanner bleibt was es war.

Breslau, 18. April. (Eigenbericht.)

Der Bundesvorsitzende des Reichsbanners, Höltermann, richtete bei einem Appell an die Kameraden des Ortsvereins Breslau des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold folgende Worte:

„Ich danke den schlesischen Kameraden für die bisher von ihnen geleistete opfermütige Arbeit. Schwere Angriffe werden jetzt gegen uns erhoben. Auch diese Angriffe werden an unserer Disziplin scheitern. Lange Jahre hindurch hat man von gewisser Seite unseren Bund als wertlos hingestellt. Seit vorgestern aber sind wir eine ungeheure militärische Organisation.

Wir hegen aber durchaus nicht den Ehrgeiz, eine militärische Organisation zu sein. Wir haben nicht die Absicht, einen Staat im Staate zu bilden. Es geht uns lediglich um den inneren Frieden Deutschlands.

Die Funktion, die wir uns aufgegeben haben, hören in dem Augenblick auf, wo der Gegner aufgelöst ist. Wir bleiben war wir eigentlich sind, eine Vereinigung ehemaliger republikanischer Kriegsteilnehmer und deren Söhne. Wir bleiben was wir immer sein wollten, eine freiwillige Organisation, die den Staat verteidigt und dort für ihn eintritt, wo es not tut. Wir haben in den letzten drei Monaten einen Angriff auf den Staat abgewehrt.

Naziüberfall auf Reichsbannerleute.

Breslau, 18. April. (Eigenbericht.)

Am Sonntagvormittag wurden auf dem Königsplatz in Breslau acht Reichsbannerleute von etwa 100 Nationalsozialisten überfallen. Die Reichsbannerleute wurden niedergeschlagen und mit Schlagringen und Stahlruten in brutaler Weise mißhandelt. Alle acht trugen erhebliche Verletzungen davon.

Kreugergeld für Hitler?

Es soll eine Quittung existieren. – Hitler bestreitet.

Stockholm, 18. April. (Eigenbericht.)

Das Zentralorgan der schwedischen Sozialdemokratie stellt fest, daß die Durchsicht der von Kreuger hinterlassenen Papiere ergeben habe, daß dieser Betrüger nicht nur den Faschismus in Spanien, sondern auch Hitler in Deutschland unterstützt habe. Es seien eine Quittung über 5 Millionen Pesetas von König Alfons und eine Quittung über 100 000 Mark von Hitler gefunden worden.

*

Hitler läßt dementieren. Man wird abwarten müssen, was die Prüfung der Kreuger-Papiere ergibt.

Eine alte Hugenbergsäule geborsten

Der Deutsche Creditverein stellt Zahlungen und Tätigkeit ein

Die Deutsche Creditverein A.-G., die in Berlin und Essen ihre Tätigkeit ausübte und dem Hugenberg-Konzern angehörte und heute noch nicht absolut fernsteht, hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Bankleiter haben sich an ihre Kundschaft gewandt, um eine ruhige Abwickelung der Geschäfte zu erreichen, wobei man hofft, daß Verluste vermieden werden können. Eine Fortführung der Geschäfte ist nicht beabsichtigt; das Bankunternehmen soll liquidiert werden. Ob Verluste schon im Augenblick vorliegen, ist unbekannt; wir halten es aber für wahrscheinlich.

Der Deutsche Creditverein war viele Jahre lang ein sehr wichtiges Glied des Hugenberg-Konzerns. Wenn jetzt behauptet wird, der Creditverein stehe Hugenberg fern, so ist Hugenbergs Wunsch hier unverkennbar, Auswirkungen dieser Pleite auf die kommende Preußenwahl möglichst auszuschließen.

Noch bis in die allerletzte Zeit waren Mitglieder des Zwölfmännerkreises um Hugenberg im Aufsichtsrat des Deutschen Creditvereins.

Die jetzigen Inhaber der Aktienmehrheit, die Brüder Droste in Westfalen, sind dem Hugenberg-Kreis aufs engste verbündet, und die Loslösung vom Hugenberg-Konzern in den letzten Jahren ist nur äußerlich erfolgt. Um so inniger war die Verbindung des Deutschen Creditvereins mit der Hugenberg-Macht in den Jahren seit 1924. Von 1924 bis 1930 war der Deutsche Creditverein sogar ein sehr wichtiges Machtinstrument im Rahmen der unsichtbaren Herrschaft, die Hugenberg in Deutschland auszuüben versuchte. Solange es nämlich der Schwerindustrie gut ging, solange die junge Saat der Hugenberg-Reaktion in Deutschland eine reiche Ernte versprach,

solange war der Deutsche Creditverein die Bankverbindung aller wichtigen Leute der schwerindustriellen und großagrarischen Reaktion.

Besonders die Generaldirektoren des Westens, Vögler, Thyssen, Kirdorff usw. ließen vom Deutschen Creditverein ihre privaten Aktienkäufe und Aktienspekulationen durchführen, und zwar in einem Umfang, daß der Deutsche Creditverein in den Jahre 1924—1929 auf den deutschen und ausländischen Börsen eine große Rolle spielte. Tatsächlich hat der Creditverein von 1925—1928 einmal 8, zweimal 12 und einmal 10 Proz. Dividende auf sein 10-Millionen-Aktienkapital ausgezahlt. Als es mit der Schwerindustriegeschäftlich abwärts ging, hat sich Hugenbergs Interesse am Deutschen Creditverein tatsächlich auch verringert. Hugenberg gab den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden, den er inne hatte, auf, ließ nur einige seiner Freunde im Aufsichtsrat zurück, und die Aktienmehrheit ging an die westfälischen Freunde Droste über.

Unter neuer Leitung bemühte sich das Bankhaus dann um neue Geschäfte; es besitzt heute das Aktienkapital von 1 Million Mark der Zentralbausparkasse, für die der Deutsche Creditverein die Garantie zur Hypothekenauszahlung übernahm. Das erwies sich als ein Fehlschlag, denn die letzte veröffentlichte Bilanz von 1930 zeigt nach der Herabsetzung des Aktienkapitals von 10 auf 6 Millionen Mark nur 9 Millionen Mark Kreditoren und im ganzen 13 Millionen Mark Forderungen. Von einem eigentlichen Geschäft konnte also kaum mehr die Rede sein, so daß sowohl die Zahlungsunfähigkeit als auch die Liquidation des Unternehmens heute naheliegen müssen.

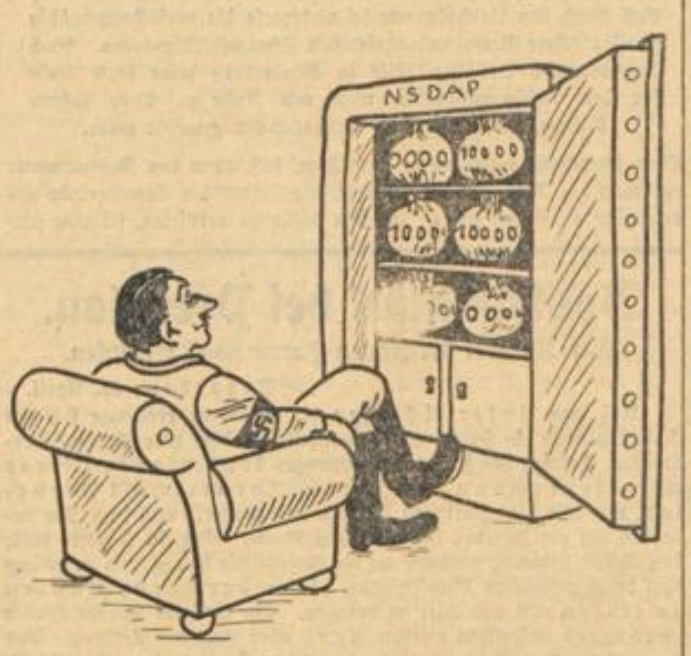
Der deutsche Creditverein war von jeher ein ultrareaktionäres Unternehmen mit stark politischem Einschlag.

Es war 1889 mit genossenschaftlichen Zielen gegründet, gewährte Kredite an Angehörige von Armee und Marine, stand in enger Verbindung mit dem Luisenorden und kam dann unter dem Einfluß Hugenbergs, der 1923 aus der Bank eine Aktiengesellschaft machte.

Wir begreifen sehr wohl, daß Herr Hugenberg auch von dieser Pleite gern abrücken möchte. Als die Deutsche Landbank A.-G. so weit war, wollte Hugenberg es bekanntlich auch nicht gewesen sein. Jedenfalls zeigt das Schicksal des Deutschen Creditvereins von neuem, daß, wer mit Hugenberg zu tun hat, kein Glück hat. Das ist auch nicht verwunderlich, denn Hugenbergs ganzes Lebensinteresse will die Wiederherstellung alter, längst vergangener, leistungsunfähig gewordener Verhältnisse, was unvermeidlich auch auf seine wirtschaftlichen Unternehmungen zurückwirken muß.

Ob Hugenberg heute noch der Beherrscher des Deutschen Creditvereins ist oder nicht, spielt keine Rolle. Der Mann, der mit seiner den Faschismus stärkenden Politik Deutschland und Preußen retten zu wollen vorgibt, hat von neuem seine vollständige Unfähigkeit erwiesen und **zugleich dem deutschen Volke und den preußischen Wählern gezeigt, daß, wer mit Hugenberg und seinen Freunden geht, auch Deutschland neuen Abgründen entgegenführt.**

Gottes Segen bei Schückigruber
oder:
Die Goldquellen der Nazis



„Lauter mir gänzlich unbekannte Spender!"

‚Roter' Volksentscheid gescheitert

Fiasko der sächsischen Nazis und Rozis.

Dresden, 18. April. (Eigenbericht.)

Der von den Kommunisten eingeleitete, von Deutschnationalen und Nazis unterstützte Volksentscheid auf Auflösung des Landtages ist gescheitert.

Vergleicht man das Ergebnis dieses Volksentscheids mit der Reichspräsidentenwahl, so erkennt man den starken Rückgang:

Wahlkreis	17. April	10. April	13. März
Leipzig	290 406	(417 847)	(418 394)
Dresden-Bautzen . .	414 099	(545 437)	(568 766)
Chemnitz-Zwickau . .	613 537	(735 124)	(779 710)
Insgesamt . .	1 318 042	(1 698 408)	(1 766 870)

Man sieht zugleich, daß es vor allem der Wahlkreis Chemnitz-Zwickau ist, der am stärksten radikalisiert ist.

In der Stadt Dresden wurden abgegeben 132 132 Ja-Stimmen, 3 041 Nein-Stimmen, im ganzen also 135 173 Stimmen. 1120 Stimmen waren ungültig. Es haben sich am Volksentscheid ungefähr 26 Prozent aller Stimmberechtigten beteiligt.

Bei den Präsidentenwahlen wurden für Hitler und Thälmann zusammen 179 982 Stimmen abgegeben.

Die ungarischen Sozialdemokraten haben die unterdrückte „Nepszava" durch das „Namenlose Blatt" ersetzt, das aber konfisziert wurde. Ebenso ging es dem nächsten Versuch, ein Flugblatt als Beilage der wissenschaftlichen Parteizeitschrift zu verbreiten.

Gaswolke über Harburg.

Sieben Erkrankte auf einem Dampfer.

Harburg, 18. April.

Auf dem bei den Landungsbrücken in Harburg liegenden Dampfer „Courier" der Harburger Dampfschiffahrtsgesellschaft wurden gestern morgen gegen 7 Uhr sieben Personen der Besatzung und ein Passagier durch Einatmen von Gas unwohl. Die Erkrankung, die eine lähmende Wirkung auf die Atmungsorgane hatte und Hustenreiz und starke Kopfschmerzen verursachte, nahm keinen ernsteren Charkter an. Die Ursache war eine starke Gaswolke, die bei nördlichem Winde aus Richtung Harburg-Wilhelmsburg kam und sich auf dem Dampfer niederschlug. Sämtliche Metallteile auf dem Dampfer, besonders die Messing- und Kupferteile waren mit einer weißen Schicht überzogen. Die Harburger Polizei gibt über den Vorfall folgenden Bericht:

Am Sonntagmorgen kurz vor 7 Uhr spürten mehrere Personen der Besatzung des Hamburg-Harburger Dampfer „Courier", der an der hiesigen Anlegebrücke lag, plötzlich einen schwefelartigen säuerlichen Gasgeruch, der bei ihnen Hustenreiz und ein Uebelbefinden hervorrief. Bei einigen Personen stellten sich auch Kopfschmerzen ein. Nach Verlauf von zwei bis drei Minuten war der üble Geruch verschwunden. Ernste Erkrankungen sind nicht erfolgt, weswegen die betreffenden Personen ärztliche Hilfe nicht in Anspruch nahmen. Der Geruch war durch den Wind aus Richtung über Wilhelmsburg herübergezogen. Obwohl sofort Ermittlungen angestellt wurden, konnte die Ursache des Gasgeruchs, der übrigens auf verschiedenen Teilen des Dampfers einen Niederschlag hervorgerufen hat, nicht festgestellt werden. Die Feststellungen werden durch die Polizei und die Gesundheitsbehörde Hamburgs und Harburgs fortgesetzt.

Deutschland fordert Abrüstung.

Nadolnys Erklärung auf der Weltkonferenz.

Genf, 18. April. (Eigenbericht.)

Auf der Abrüstungskonferenz vertrat heute als erster Redner Botschafter Nadolny-Deutschland das Prinzip der Rüstungsverminderung auf das tiefstmögliche Niveau. Der deutsche Vorschlag entwickelt in Anlehnung an die deutsche Abrüstung die Methoden zu ihrer allgemeinen Durchführung. Eine unbedeutende oder nur scheinbare Abrüstung oder eine Stabilisierung der Rüstungen auf ihren jetzigen Stand könne keinesfalls als Verwirklichung der Aufgabe der Konferenz angesehen werden und liefe dem Geist und Buchstaben des Artikels 8 des Völkerbundspaktes zuwider. Innerhalb dieses Prinzips der Herabsetzung könne man der besonderen Lage jener Länder Rechnung tragen, deren Armee nicht das Minimum erreiche, das im Artikel 8 vorgesehen sei. Kein Staat könne die Verantwortung auf sich nehmen, der notwendigen allgemeinen Herabsetzung zu widersprechen durch den Versuch, ihr seine eigenen Rüstungen zu entziehen. Das beste wäre die Erreichung des Zieles mit einem Schritt; werde aber Abrüstung in Etappen vorgesehen, so müssen nicht nur die ersten, sondern auch die folgenden Etappen und das Endziel festgelegt werden. Die Fristen müssen so kurz wie möglich sein.

Je größer und entscheidender die Herabsetzung ist, die beschlossen wird, um so stärker wird die finanzielle Erleichterung und die politische Entspannung für die ganze Welt sein.

Das Beispiel Deutschlands beweise, bis zu welchem Grad man in sehr kurzer Frist abrüsten könne. Für die Methoden zur Festsetzung der Rüstungen eines jeden Staates seien die russischen und türkischen Vorschläge sehr geeignet. Da Deutschland die sichere Grundlage des Artikels 8 für die Herabsetzungsmethode nicht verlassen wolle, könne es eine rein mechanische Herabsetzung nach de mrussischen Vorschlag nicht annehmen Nadolny schloß: Deutschland ist der Meinung, daß die Idee einer einfachen Begrenzung der Rüstungen ausgeschaltet werden muß und daß es unerläßlich ist, energisch die Rüstungen auf das niedrigstmögliche Maß herabzusetzen. Ist diese Herabsetzung einmal beschlossen, so muß ihre Durchführung in einer bestimmten und möglichst nahen Frist erfolgen. Bezüglich der Methode beruft sich Deutschland auf den Artikel 8 des Völkerbundspaktes, wonach die besonderen Bedingungen jedes Staates berücksichtigt werden müssen. Die Aufstellung der Ziffern muß erfolgen nach einer so einfachen Methode, wie sie Artikel 8 gestaltet. Nur so kann nach deutscher Ansicht die Konferenz ihre Aufgabe erfüllen, die in der allgemeinen Abrüstung besteht.

Finnisch-Mazedonien.

Wieder ein Politiker verschleppt.

Helsingfors, 18. April.

In den frühen Sonntagmorgenstunden wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Nikko Erich, der Bruder des früheren Ministerpräsidenten und jetzigen Stockholmer Gesandten, in einem Hotel in Hammersfors von fünf Bewaffneten aus dem Bett geholt und in einem Kraftwagen entführt. Am Sonntagmittag erschienen die Entführer bei dem Amtmann in Virdois, nördlich von Hammersfors und lieferten Erich unversehrt wieder ab. Sie wurden sofort verhaftet. Anscheinend hatten sie die Fahrt für erfolglos angesehen, da die Polizei im ganzen Lande alarmiert und die Entführung im Rundfunk bekanntgegeben war.

Es war Dr. Erich, dessen Vortrag in Mäntsäla Lappoleute im vorigen Monat verhindert hatten, woraus dann der Faschistenaufstand wurde. Man glaubt, daß die Entführer Leute aus Mäntsäla sind.

Landtagswahl in Oldenburg.

Voraussichtlich am 9. Mai.

Oldenburg, 18. April. (Eigenbericht.)

Der in Oldenburg von den Nazis und Kommunisten gemeinsam betriebene Volksentscheid auf Auflösung des Landtags ist geglückt. Insgesamt wurden abgegeben 125 365 Ja-Stimmen, 5796 Nein-Stimmen und 1079 ungültige Stimmen. Das ist nicht die Hälfte der Stimmberechtigten, aber zur Auflösung in Oldenburg genügt die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Nazis und Kozis mitsamt ihren Trabanten vermochten nicht die Stimmen aufzubringen, die sie bei der Reichspräsidentenwahl gemeinsam erhalten haben Sie brachten beispielsweise im März rund 45000 Stimmen mehr auf als jetzt beim Volksentscheid.

Die Neuwahl des oldenburgischen Landatgs erfolgt voraussichtlich am 9. Mai.

Naziblätter beschlagnahmt. Die Polizeidirektion München hat die nationalsozialistische „Münchener Wacht" mit sämtlichen Kopfblättern beschlagnahmt, da in einem Artikel der Reichspräsident beschimpft worden sei.

Auch Ersatzblatt der „Roten Fahne" verboten. Der Berliner Polizeipräsident hat die Tageszeitung „Die Nachrichten" mit sofortiger Wirkung bis zum 11. Juni 1932 einschließlich verboten, da das Blatt als Ersatz der durch Verfügung vom 14. April verbotenen „Roten Fahne" angesehen wird.

Verschleuderte Beamtengelder

Der Skandal der Beamtenbank vor Gericht – Verbrecherische Leichtfertigkeit

Der skandalöse Zusammenbruch der Beamtenbank hat seinerzeit unter der gesamten Beamtenschaft ungeheure Beunruhigung hervorgerufen. Heute konnte endlich auf Grund der Notverordnung vor der Strafkammer unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Mannheimer die auf viele Tage berechnete Verhandlung gegen die Kaufleute Weber und Traumann, gegen den Makler Höpfner, gegen den Geschäftsführer Buchwald und den Kunstmaler Kende seinen Anfang nehmen.

Es wird den Angeklagten Bilanzverschleierung, Betrug und Untreue vorgeworfen. Die Beamtenbank war eine Genossenschaftsbank; die Genossenschaftler waren Beamte. Ueber die Bank erhielten sie ihre Gehälter. Die Bank durfte nach den Satzungen nur bestimmte Bankgeschäfte abwickeln. Im Gegensatz zu den Statuten der Bank machte sie aber Geschäfte, die schließlich zu dem Zusammenbruch mit einem Verlust von mehreren Millionen Mark für die Genossenschafter führten. Zu diesen „Geschäften" gehörte besonders die Lombardierung von Gemälden. Das erste beliehene Gemälde gehörte einer Frau Schwarzenberg; es war ein Leonardo da Vinci, gegen dessen Echtheit von kunstsachverständiger Seite ernste Bedenken laut wurden. Trotzdem erhielt Frau Schwarzenberg nach und nach 137 000 Mark. Der Leonardo da Vinci sollte in Amerika mit 2 Millionen Mark verkauft werden. Aus dem Geschäft wurde nichts, die Bank verlor an der Manipulation 340 000 Mark. Andere Bildergeschäfte folgten; sie waren von dem Angeklagten Traumann in Vorschlag gebracht; hochangesehene Potsdamer Persönlichkeiten sollten auf ihre kostbaren Gemälde Darlehen erhalten. 37 Bilder wurden von der Beamtenbank lombardiert, und zwar für 548 000 Mark. In Wirklichkeit gehörten diese Bilder aber gar nicht den hochangesehenen Potsdamer Persönlichkeiten. Sie wurden vielmehr vom Angeklagten Buchwald zum speziellen Zwecke der Lombardierung bei Kunsthändlern gekauft. Bezahlt wurden sie mit dem Gelde, das als Darlehen von der Bank erschlichen worden war. Von diesen ganzen Geschäften erfuhr der Aufsichtsrat der Bank erst viel später.

Wegen Verschwendungssucht entmündigter Prinz.

Die Bilderangelegenheit zog aber noch weitere Kreise. Ein Prinz von Hohenlohe-Oehringen erklärte sich bereit, die 37 Bilder für 2 Millionen Mark zu erstehen. Ein Vertrag wurde geschlossen, dem Prinzen ein hoher Diskontkredit eröffnet. Das war 1926. Erst 1928 stellte es sich heraus, daß der Prinz wegen Verschwendungssucht entmündigt war. 2½ Millionen Mark waren dahin. Sieben von den „kostbaren" Gemälden konnten noch vor Zusammenbruch der Bank für etwa 9000 Mark in England verkauft werden, 16 weitere Gemälde nach dem Zusammenbruch der Bank für 7000 Mark bei der Versteigerung.

Auch andere Bankgeschäfte spielen in den Prozeß hinein. So zum Beispiel ein Darlehen an einen Droschkenbesitzer in Höhe von 300 000 Mark, ein Aktienverkauf an den bekannten Michael, bei dem die Bank gleichfalls ungeheure Verluste davontrug. Mit einem Worte: wieder waren es die Genossenschaftler, die für die ungenügende Bankenkontrolle ihre Haut zum Markte tragen mußten.

Otto Braun rechnet ab

Gegen deutschnationale Korruptionisten

Kiel, 18. April. (Eigenbericht.)

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun sprach hier am Sonntag in einer Wahlkundgebung. Vor weit mehr als 30 000 Zuhörern zerriß er die Lügengewebe Hugenbergs und Hitlers.

Mit beißendem Hohn fertigte Otto Braun zunächst Hugenberg ab, der dieser Tage in Kiel behauptet hatte, daß sich im neuen Preußen die Korruption unter die Fittiche des Marxismus geflüchtet hätte.

„Das ist — so führte der Redner aus — nicht ganz falsch. In der Tat sind die zahlreichen deutschnationalen und nationalsozialistischen Schmarotzer, die die von ihnen fehlgeleiteten Unternehmungen, Genossenschaften und Banken in den Abgrund führten, und Tausende und aber Tausende von Sparern, Genossenschaftlern, Bauern und Siedlern geprellt haben, immer und stets zur Regierung des neuen Preußen geflüchtet, wenn sie die ihnen anvertrauten Millionen verwirtschaftet hatten."

Man habe den Politikern in der Rechtspresse jahrelang die sogenannten Wirtschaftsführer als Vorbilder vorgehalten. Jetzt erwiesen sie sich auch denen als kleine Schäden, die den Vergleich leichtsinnig geglaubt hätten.

Eingehend behandelte Braun dann den Versuch gewisser Kreise, den Reichspräsidenten zu einem Verbot des Reichsbanners zu bewegen. Das Material, das angeblich geeignet sei, das Reichsbanner der SA. gleichzustellen, dürfte soviel wert sein wie etwa die italienischen Obligationen Ivar Kreugers. Ganz unmöglich sei das Verlangen, wegen einer falsch verstandenen Unterteilung das Reichsbanner zu verbieten. Das Reichsbanner sei spät, vielleicht zu spät als Abwehrorganisation gegen die Terrorbanden der anderen geschaffen worden.

Erst durch das Reichsbanner sei vielerorts die verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsfreiheit sichergestellt worden. Auch Reichskanzler Brüning hätte in Königsberg seine letzte Rede für den Reichspräsidenten nicht mit Ruhe zu Ende führen können, wenn nicht das Reichsbanner gewesen wäre.

Man übertreibe nicht, wenn man sage, daß ohne das Reichsbanner während der Reichspräsidentenwahl der Terror der Staatsfeinde unerträglich geworden wäre. Es jetzt dafür zu verbieten, sei eine seltsame Unparteilichkeit. „Die Forderung ist so unsinnig, als wenn jemand verlangen wolle, es müsse um der Parität und um der Unparteilichkeit willen mit dem Verbrecher, der von einem Polizisten eingeliefert werde, auch der Polizist eingesperrt werden." Wie er aus der Presse erfahre, habe Herr von Winterfeldt an ihn einen offenen Brief gerichtet, in dem er frage, ob dem preußischen Ministerpräsidenten die Waffenlager des Reichsbanners bekannt seien. Er antworte darauf, daß ihm solche Waffenlager unbekannt seien. Wenn sich indessen im Besitz des Reichsbanners tatsächlich einige Waffen befinden sollten, so seien die Besitzer genau wie jeder andere Staatsbürger zu behandeln. Worauf er aber schon jetzt hinweisen möchte, sei, daß die SA. nicht wegen Waffenbesitzes verboten worden wäre, sondern ihrer ganzen Organisation und ihrer Zweckbestimmung wegen. Hitlers Privatarmee sei Staat im Staate gewesen, mit Stäben, Intendanturen, Feldzeugmeistereien usw. Nur dieses Armeecharakters wegen und ihrer Bestimmung zum Bürgerkrieg sei die SA. verboten worden.

Worüber am 24. April das preußische Volk zu entscheiden habe, sei ziemlich einfach. Entweder sei es gewillt, mit Hitler und seinen Desperatos in den Abgrund zu taumeln oder mit der Sozialdemokratischen Partei und der Führung des neuen Preußen in harter Arbeit aufwärts zu kommen. Die Wählermassen müßten der Welt zeigen, daß Deutschland zwar viel, daß es Gut und Blut verloren habe, aber nicht den Verstand. Und jetzt sei zu entscheiden über ein Preußen, in dem der Dilettantismus eines Scharlatans, der Größenwahnsinn eines Diktators oder ein Preußen, in dem der Wille des Volkes oberstes Gesetz ist.

Severing in Paderborn.

Paderborn, 18. April.

In einer Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei hob gestern der preußische Innenminister Severing die Leistungen Preußens auf dem Gebiete der Verwaltung, Schule, Justizpflege und Siedlung hervor. Seit 1920 gebe es in Preußen eine Schutzpolizei, die der sicherste Garant für Ruhe und Ordnung sei. Das deutsche Volk wolle nicht noch einmal einen Bürgerkrieg erleben. Die SA. und SS. bleibe aufgelöst, weil Preußen ein ausgeglichenes Staatswesen brauche. Zum Schluß forderte der Minister auf, den Haß nicht gegen politisch Anders, denkende zu richten, sondern auch in ihnen Volksgenossen zu erblicken.

Bootsunglück bei Prenzlau.

Vier Ruderer der Freien Turnerschaft ertrunken.

Prenzlau, 18. April.

Auf dem Unter-Uckersee bei Prenzlau ereignete sich am Sonntagabend ein schwerer Bootsunfall, bei dem vier Personen ertranken. Infolge des hohen Wellenganges kenterte ein Vierer mit Steuermann der Freien Turnerschaft Prenzlau, und alle fünf Personen stürzten ins Wasser. Auf dem See befanden sich zur Zeit des Unfalls kaum Boote. Nur ein Paddler hatte den Unfall bemerkt, paddelte an die Unfallstelle heran, und es gelang ihm durch geschicktes Manövrieren, einen der Verunglückten zu retten und ans Ufer zu bringen. Ein weiterer Turner konnte zwar lebend aufgefischt werden, starb aber nach der Rettung. Von den andern drei Turnern fand man keine Spur mehr. Sie sind ertrunken. Sämtliche Verunglückte stehen im Alter von 15 bis 20 Jahren. Infolge der hereingebrochenen Dunkelheit mußte die Suche am Sonntag abgebrochen werden.

Ein Unglücksschuß.

Sekundaner durch Karabinerkugel getötet.

In der Kolonnenstraße in Schöneberg wurde gestern ein tragischer Unglücksfall entdeckt. Als die Eltern des 17 Jahre alten Obersekundaners Siegfried L. gegen 1 Uhr nachts in ihre Wohnung zurückkehrten, fanden sie ihren Sohn tot auf dem Stuhl sitzend auf. Neben dem Stuhl lag am Boden ein Karabiner. Ein sofort herbeigerufener Arzt stellte fest, daß der junge Mann einen Brustschuß erhalten, der das Herz getroffen hatte. Die alarmierte Reservemordkommission stellte fest, daß der junge Mann einem bedauerlichen Unglücksfall zum Opfer gefallen war. Er hatte sich den Karabiner hervorgeholt, einen Patronenrahmen hineingesteckt und anscheinend Schießversuche gemacht. Dabei muß er sich selbst getroffen haben. Der Schuß war sofort tödlich.

Gewerbetreibende! Handwerker! Kleinkaufleute!

Wohin soll der Weg gehen? Wollt Ihr aus Eurem Elend heraus? Wir wollen Euch den Weg dazu weisen! Erscheint zu der großen

öffentlichen Versammlung

heute, Montag, 18. April 1932, abends 8 Uhr, in den Sophien-Sälen, Berlin, Sophienstr. 18,

in der über die Frage:

Wer hilft dem Mittelstand wirklich?

referiert werden soll.

Referenten: Landtagskandidat Max Heydemann, Berlin, Paul Plottke, Vorstandsmitglied d. Einheitsverbandes der Handel- u. Gewerbetreibenden

Wir bitten alle Kleingewerbetreibenden an der Versammlung teilzunehmen.

Einheitsverband der Handel- u. Gewerbetreibenden, Ortsgruppe Berlin
Bezirksverband der SPD.

1. Kreis Mitte. Die Funktionärinnensitzung fällt wegen der Kreisvorstandssitzung heute aus. Die Abteilungsleiterinnen treffen sich um 19 Uhr bei Dobrohlaw und empfangen Material.

21. Abt. Ausgabe des Propagandamaterials heute 18 Uhr in der Geschäftsstelle.

83. Abt. Heute abend außerordentliche Funktionärsitzung

Wetterbericht für Berlin: Teils heiter, teils wolkig, ohne Niederschläge von Bedeutung, nur schwache Winde. — **Für Deutschland:** Im Westen und Süden ruhiges Wetter mit etwas höheren Tagestemperaturen. Im übrigen Reich teils heiter, teils wolkig, nur im Nordosten einzelne Schauer.

Bevorzugte Wahlplakate.

Eine Anfrage an die Berek.

Schon während der beiden Wahlgänge für den Reichspräsidenten wurden wir öfters darauf aufmerksam gemacht, daß in der Berliner Anschlag- und Reklamewesen G. m. b. H. in der Leitung oder im Personal starke nationalsozialistische Einflüsse wirksam sein müßten. Denn alle Plakate der Nationalsozialisten seien ganz besonders günstig plaziert, während man andere große Gruppen vernachlässige und zurückstelle. Der groteske Zwischenfall mit dem Bruch des Osterfriedens durch den Berek-Direktor Martin schien diese Auffassung zu bestätigen. Trotzdem haben wir mit der Sprache zurückgehalten, weil wir die an sich unbestreitbare Tatsache der Bevorzugung auf einen Zufall zurückführen zu dürfen glaubten.

Jetzt vor den Preußenwahlen zeigt sich aber die besonders wohlwollende Behandlung der Nationalsozialisten in einer so auffallenden Weise, daß längeres Schweigen einer Duldung des Mißstandes gleichkäme. Wer beispielsweise mit der vielbenutzten Linie 3 der Berliner Straßenbahn vom Westen nach dem Südwesten Berlins fährt, dessen Blick fällt am heutigen Montag bei jeder Litfaßsäule auf große nationalsozialistische Werbeplakate. Immer sind die Plakate der Nationalsozialisten der Hauptverkehrsseite zugewendet. Das kann nicht mehr Zufall sein, dem muß eine Absicht zugrunde liegen. Die Berek hat in den letzten Wochen in so starkem Maße einen Stein des Anstoßes dargestellt, daß endlich eine Bereinigung als unbedingt notwendig erscheint.

Sozialdemokratische Lichtreklame ärgert den Gegner

Alle Republikaner und Sozialdemokraten freuten sich in den letzten Tagen, wenn sie durch die Frankfurter Allee kamen. Dort leuchten nämlich von Anbruch der Dunkelheit an die sehr wirkungsvoll angebrachten Worte: „Wählt Liste 1 Sozialdemokraten!“ Um so größer ist der Aerger der Gegner, den sie in gelegentlichen Schimpfereien erkennen lassen. Am Sonnabendabend erloschen plötzlich mehrere Buchstaben. Vermutlich ist durch Beschädigung der Lichtleitung die Stromzufuhr unterbrochen worden. Die Schadenfreude dieser „Tapferen“ ist selbstverständlich nur von sehr kurzer Dauer, und die eindringliche Mahnung wird zur Freude aller verständigen Staatsbürger weiter, soweit dies möglich ist, versuchen, die Köpfe der Träumer vom Dritten Reich und der „ungeduldigen Revolutionäre“ von der KPD., die Herrn Hitler Handlangerdienste leisten, zu erleuchten.

Intelligenz und Wirtschaftskrise.

Der Bund geistiger Berufe.

Die Wirtschaftskrise setzt einen großen, stets noch wachsenden Teil derjenigen Intelligenz frei, der bisher an den Früchten der Wirtschaft in bescheidenem Maße teilnehmend sich nach oben orientierte und grundsätzlich konservativ eingestellt war. Die wirtschaftliche und soziale Katastrophe kann für die Intelligenz die Rückgewinnung ihrer inneren Freiheit und soziale Aufklärung bedeuten. Sie wird dann erkennen, daß die herrschende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung die gleiche Unfähigkeit in der Bewirtschaftung der geistigen wie der materiellen Kräfte beweist. Von diesen Grundgedanken ging Gustav Wyneken in seinem Vortrag aus, mit dem er einen öffentlichen, vom „Bund geistiger Berufe“ veranstalteten Abend „Widerstand gegen Verelendung und Kulturabbau“ einleitete. Als Gegenwartsaufgaben der Intelligenz sieht er ihre Selbstbewußtwerdung, den Kampf gegen die Bedrohung der Freiheit durch Diktatur und die Schaffung eines neuen Bildungssystems.

Der Architekt Richard Linneke wies darauf hin, daß die Wirtschaftskatastrophe einer auch künstlerisch sehr fruchtbaren Entwicklung unseres Bauwesens ein jähes Ende bereitet habe, die ihren Antrieb in hervorragendem Maße von den gemeinnützigen Baugenossenschaften erhalten habe. Die Ausführungen des Ingenieurs Franz Boening gipfelten in der Forderung nach einer Planwirtschaft, die den Bedarf der Massen durch die Arbeit der Massen decke.

Anschließend an diese Referate gab Hermann Budzislawski die Einrichtung von fünf Arbeitsgemeinschaften durch den Bund geistiger Berufe bekannt, von denen sich drei mit ökonomischen Fragen im engeren Sinne, die vierte mit den Aufgaben der naturwissenschaftlichen Berufe in der Wirtschaft, die fünfte mit der Eingliederung der künstlerischen Berufe in die Gesellschaft beschäftigen sollen.

Die ganze Veranstaltung und auch die von dem Bund herausgegebenen Grundsätze zeugen von dem ernsten Willen, sich ohne Standesdünkel und Kastenvorurteile mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen der Gegenwart auseinanderzusetzen, und sie gedanklich zu durchdringen unter Ablehnung aller verschwommenen Gefühle und leerer Suggestionen. Wir Sozialisten können diese Bestrebungen zur Selbstbesinnung, diesen Appell an die Vernunft nur begrüßen. Um so bedauerlicher war es, daß die Kommunisten durch unsachliche, vor keiner Verdrehung zurückschreckende Ausführungen in der Diskussion eine Art von „Marxismus“ zutage förderten, der nur abschreckende Wirkung haben konnte. E. A. B.

„So ein Mädel.“

Rose-Theater.

Das Töchterlein des Herrn Professors hat „gespickt“. Das bedeutet in diesem Fall, es hat ein Extemporale des Primaners Hoffmann ohne dessen Wissen berichtigt. Da nun der Herr Professor die Mutter des Primaners heiraten will, obwohl der Rektor der Schule sehr ehefeindlich ist, entstehen allerlei Verwicklungen, als deren Höhepunkt die Geständnisse des Herrn Professors, der Frau Hoffmann, des Primaners Hoffmann und der Tochter des Professors herausgearbeitet sind, die alle angeben, das Extemporale gefälscht zu haben.

Hans Sturms und Moritz Färbers Lustspiel, das einst „Das Extemporale“ hieß, ist also eine gut bürgerliche Angelegenheit, und man spielt drei Akte hindurch Herzblättchens Zeitvertreib. Gespielt wird, wie das im Rose-Theater eigentlich stets der Fall ist, sehr gut. Annemarie Enderle ist so frisch und drollig, daß man an ihrem Backfisch seine helle Freude hat (nur ist der Backfisch selbst inzwischen ausgestorben). Waldemar Pottier wirkt unbedingt echt als Primaner, und glänzend ist Hilde Hofer als Aufwartefrau. Sie ist immer so ganz bei der Sache, daß man selbst ihre kleinsten Rollen nicht schnell vergißt. Hans Rose spielt den alkoholfreudigen Kastellan. Paul Rose führt die Regie. Er hat es leicht mit abgebrauchten Mitteln — der eine stottert, der zweite spricht durch die Nase und der dritte ist leicht angesäuselt — Lachwirkungen zu erzielen. Das getreue Publikum feierte die Darsteller nahezu beifallswütig. e. b.

Beseitigt die Not!

Manifest der Gewerkschafts-Internationale an die Arbeiter aller Länder!

Genf, 18. April. (Eigenbericht.)

Der Internationale Gewerkschaftskongreß hat nach eingehender Aussprache das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes beauftragt, das Ergebnis des Kongresses in einem Manifest an die Arbeiter aller Länder zusammenzufassen. Das Manifest hat folgenden Wortlaut:

„Angesichts der Wirtschaftskrise, die sich von Tag zu Tag verschärft und in allen Ländern mit Heftigkeit ohnegleichen wütet, hat der Internationale Gewerkschaftsbund die Notwendigkeit und die Pflicht gefühlt, eine internationale Gewerkschaftskonferenz einzuberufen, nicht nur um die Stellung der Arbeiterschaft gegenüber den bedauernswerten Fragen festzulegen, welche die Krise aufwirft, sondern vor allem um mit Kraft den Willen aller Gewerkschaftsorganisationen zu betonen, sich in einer

gemeinsamen Aktion mit gemeinsamen Zielen

zu vereinen. Diese Konferenz wurde soeben, am 16. und 17. April, in Genf abgehalten und vereinigte nicht weniger als 82 Vertreter von Gewerkschaftsorganisationen aus 28 Ländern in allen Erdteilen. Sie war in Aussprache und Folgerungen eine imposante Manifestation der Einheit, die in dem Willen, den Wünschen und den Mitteln zum Wollen in allen Teilnehmerorganisationen besteht. Die Konferenz hat nicht nur den Forderungen und dem Aktionsprogramm des IGB. einmütig zugestimmt, sondern auch ausdrücklich diese Uebereinstimmung und die internationale Solidarität festgestellt durch Beauftragung des Büros der Konferenz, in ihrem Namen einen Appell an alle Arbeiter der Welt zu richten, zur Verwirklichung ihrer Anstrengungen und energischen Durchsetzung der Verwirklichung jener Arbeiterforderungen, die im Programm des IGB. ihren Ausdruck finden.

Von der Größe und Tiefe der Krise und Arbeitslosigkeit und angesichts der Unfähigkeit des Kapitalismus zu ihrer Ueberwindung wird die Durchführung der vom organisierten Weltproletariat aufgezeigten und geforderten Lösungen immer dringender und gebieterischer.

Unter allen von der Konferenz geforderten Lösungen müssen die Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden, die Aufrechterhaltung der Löhne und die Steigerung der Konsumkraft der großen Masse besonders hervorgehoben werden. Im Vordergrund der sofortigen Maßnahmen muß auch ein ausgedehntes

Programm nationaler und internationaler Arbeiten

stehen, das den Millionen Arbeitslosen Arbeit zu geben vermag. Eine Organisation und strenge Kontrolle der internationalen Kreditpolitik verbunden mit einem unerbittlichen Kampf gegen die unsinnige Verschwendung der Rüstungen muß die nötigen Mittel für die Verwirklichung der gesamten Forderungen sichern. Zugleich muß anerkannt werden, daß die Besserung der Wirtschaftslage nicht eintreten kann, solange die großen politischen Fragen, Reparationen und internationale Schulden keine befriedigende Lösung gefunden haben und die verantwortlichen Staaten nicht geneigt sind, entschlossen und unter Mithilfe der Arbeiterorganisationen den Weg einer

methodischen Organisierung der großen Wirtschaftszweige

und des internationalen Austausches zu beschreiten. Diese unerläßliche Umwandlung erfordert eine gleichzeitige Entwicklung des öffentlichen Einflusses auf alle wichtigen Zweige des Wirtschaftslebens und der wirksamen Kontrolle durch die demokratischen Organe der Gesamtheit.

Die Konferenz hat ebenfalls den einmütigen Willen betont zum Kampf für alle Maßnahmen zum Schutze und zur Erleichterung für die Massen der Bevölkerung, welche Opfer der Krise sind. Die Arbeitslosen müssen überall und ausnahmslos in den Genuß der Arbeitslosenversicherung kommen. Die

Angriffe auf die soziale Gesetzgebung müssen energisch zurückgeschlagen werden.

Die Arbeiterorganisationen müssen überall und ohne Einschränkung ihre Aktion zur Verteidigung und zum Schutze des Proletariats entwickeln können. Die Koalitions- und Meinungsfreiheit sind unter den Aktionsmitteln der Arbeiterklasse diejenigen, die jeder wahrhaften Besserung der moralischen und materiellen Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zugrunde liegen.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung und ihrer Pflichten erinnert die Konferenz alle Arbeiter der Welt darn, daß es mehr denn je die Pflicht aller Gewerkschaftsorganisationen ist, national und international die genannten Forderungen solidarisch zu erstreben, ohne Rücksicht auf die besonderen und zeitlich bedingten Interessen der einen oder anderen. Dem kapitalistischen Block muß im Namen des höchsten Interesses der Arbeiterklasse der proletarische Block entgegengesetzt werden. Die Parole der Arbeiteraktion, die jetzt mehr denn je erklingen muß, lautet: **Vereinigt euch in der gemeinsamen Aktion zur Verwirklichung der gemeinsamen Forderungen, die allein geeignet sind, die jetzige Lage zu bessern!**

„Spinne im Netz.“

Berliner Theater.

Das Reißerstück, mit dem Fulton Oursler und Lowell Brentano die USA.-Bühne beglücken, soll sogar eine Tendenz haben. Verulkt werden die Detektive, die des Verbrechers beste Feinde, aber auch durch ihre Dummheit seine besseren Freunde sind. Ein tüchtiger Hallunke steckt natürlich durch seine Pfiffigkeit alle Schlauheitsmaschinisten in die Tasche. Diese Detektive arbeiten ja nur nach Schema F und unterliegen deshalb stets der angeborenen Spitzbubenphantasie. Und zu dieser Satire kommt noch, daß die Wunderneigung der nüchternen Yankees gekitzelt werden soll. Ein Hokuspokusmann, ein Zauberer und Hellseher benimmt sich ebenso schlau wie die patentierten schweren Jungen. Und jedesmal ist auch hier das alleinige Opfer und der allein Gefoppte der Policeman. So kommt auch etwas zustande, was man die Moral des Reißers nennen könnte.

Es soll gesagt werden, daß trotz aller Krise für das begabte Individuum, mag es auch Sing-Sing-würdig oder tollhausreif sein, noch ein Ausbruch aus der bürgerlichen Zwangsjacke möglich ist. Mit einem Wort: die große Chance wird stets dem Outsider gegeben. Die Erfolgreichen werden immer die Schlagzeilenhelden, die Lautsprecherhalbgötter sein. Zu dieser Tendenz kommt schließlich noch ein sehr grobkörniger Tingeltangel-Zirkus- und Kaschemmenhumor, der Witz wird filtriert durch honigsüßes Gemüt und bitterböse Schnauze. Gewiß, es wird auf der Bühne auch jemand erschossen, aber auch dieser Mord geht sehr vergnüglich zu. Außerdem hat man die Genugtuung, daß der Erschossene als ein widerwärtiger Rauschgiftschmuggler entlarvt wird. Also muß der schlimmste Strolch dran glauben, und es kommt immer wieder die Anständigkeit zu ihrem Recht, und zu ihrem Recht kommt auch die strenge Prohibition, und gezeigt wird, was für ein gutes, wenn auch gefährliches Geschäft der Schmuggel ist.

Dem vielseitigen Reißer läßt sich unter solcher soziologischen Betrachtung manche gute Seite abgewinnen. Er ist zwar gemacht nach einem nun schon verramschten und verruchten Rezept, doch er amüsiert manchmal.

Etwas Merkwürdiges geschieht: Obwohl wir Berliner weniger Gold als die New-Yorker haben, haben wir mehr Geschmack. Deshalb werden wir etwas abgestoßen von dieser Theatermanier. So viel naive Verbrecherromantik geht den Berliner Moralisten und Theaterfreunden über die Hutschnur. Sie geht auch über die Kräfte der routiniertesten Schauspieler. Riemann als Zauberer, Wallburg als genasführter Detektiv, Frau Valetti als verschrobener Theatertrampel, Georg Vogel als Hellsehermedium, Hans Deppe als blöder Ganeff, sie spielen alle zu grausig für das Grausige, zu munter für das Muntere, zu wild für das Wilde. Sensationsgepolter oder Sentimentalitätsgesäusel, grenzenlos verschleimt, das ist der Stil. Schon am Eingang des Theaters hängen die schreienden Plakate, die Logenbrüstungen sind knallig überklebt. Die Billettknipserinnen sind überneckisch verkleidet. Die Tempopeitsche wird geschwungen. Trotzdem schleppt sich alles hin. Die Satire wird lahm. Der Witz wird zäh und zahm. Umgangen werden die wahre Satire und der wahre Witz, damit die Zuschauer ja und ja nicht aus ihrer Steuerzahlerschläfrigkeit allzu häufig aufgescheucht werden. Man kennt solchen Schwindel, solche Barbarei und Banalität: Kitsch, Kitsch, allerniedrigsten Kitsch. M. H.

Kabaretvormittag in der Volksbühne.

Von der gestrigen Kabarettmatinee in der Volksbühne gilt in noch höherem Maße, was schon von den vergangenen galt: bei teilweise ausgezeichneten Einzelleistungen zeigt das Ganze doch kein Gesicht. Es fehlt die ordnende, aussondernde Hand, die diese Sonntagvormittage von ihren allzu großen Stilunterschiedlichkeiten befreit. Um den krassesten Fall herauszugreifen: Es geht natürlich nicht an, daß unmittelbar nach dem diesmal ganz besonders kämpferischen und anklägerischen Ernst Busch zu den Klängen einer Jazzkapelle das (übrigens auf offene Ablehnung stoßende) schmalzige Wolgalied aus dem Zarewitsch gesungen wird. Unverständlich ist auch, wieso der im Vortrag gewiß hervorragende Josef Plaut es für angebracht hielt, ausgerechnet eine Militärhumoreske zu bringen, die um 1900 herum einmal aktuell gewesen sein mag, und der temperamentvollen und in ihrer männlichen Derbheit so köstlichen Elli Gläßner wäre zu empfehlen, solche patriotische Billigkeiten wie die Deutsche Michel-Apotheose zu meiden. Aus dem übrigen Programm seien Ilse Trautschild mit ihren Zille-Milieu-Chansons und der begabte Schnellkarikaturist Werner Saul hervorgehoben. Frank Günther konferenzierte mit viel Witz und sehr sympathisch. H. B.

Der Festakt der Philharmoniker.

Programmrede Furtwänglers.

Der offizielle Festakt anläßlich des 50jährigen Bestehens des Philharmonischen Orchesters, der Sonntagvormittag im blumen- und kranzgeschmückten Oberlichtsaal der Philharmonie stattfand, begann mit einer (von Franz Veit geleiteten) Bläserserenade Mozarts; ihr folgte die Festrede. Lorenz Höber (Vorstand des Philharmonischen Orchesters) begrüßte im Namen des 50jährigen Geburtstagskindes die Anwesenden, insbesondere die Veteranen des Orchesters, die Vertreter der Behörden und Gesandtschaften und feierte Furtwängler (der in seiner Rede wiederum das Orchester pries) — die anderen Redner sprachen Hymnen auf beide. Fritz Klein vertrat die deutsche Presse. Geheimrat Friedländer überbrachte Grüße und Glückwünsche der Brahms-Gesellschaft, Oberbürgermeister Sahm sprach für die Stadt Berlin und teilte — sicherlich zur Freude aller — mit, die Zukunft des Orchesters könne nach den letzten Beratungen der Stadtverordneten als gesichert angesehen werden. Die Glückwünsche des Reichspräsidenten und der Reichsregierung überbrachte Staatssekretär Zweigert, der Furtwängler eine seinen Namen tragende Goethe-Medaille mit einer von Hindenburg unterschriebenen Verleihungsurkunde überreichte.

Als letzter ergriff Furtwängler selbst das Wort: er sprach weniger allgemein, weniger hymnisch und unverbindlich als seine Vorredner, ernster und nachdenklicher. Es war der Versuch einer Besinnung über die neue Zeit und ihre soziologischen Grundlagen, über neue Musik und neue Interpretation. Wenn ihm da auch nicht vergönnt war, Neuland zu finden, Gültiges oder gar Endgültiges zu formulieren, — das ernste und eindringliche Streben, die Zusammenhänge zu erkennen, sich klar zu werden, wo so wenige nur klar zu sehen vermögen: dies allein ehrte ihn (der es mit dem Taktstock wahrlich leichter hat) mehr als die schönen — meist Goethe entlehnten — und gewiß auch erhebenden Worte der anderen. Furtwängler sowie Otto Müller, der langjährige Vorstand des Orchesters, wurden zu Ehrenmitgliedern der Philharmoniker ernannt.

Ein Fortschritt in der Tuberkulosefürsorge. Während noch im Jahre 1925 nach den Berichten der deutschen Tuberkulosefürsorgestellen rund 31 Proz. der deutschen Offentuberkulösen nicht ein eigenes Bett hatten, hat sich dieser geradezu unglaublich anmutende Zustand stetig verbessert. Im Jahre 1930 waren nur noch 4 Proz. nicht im Besitze eines eigenen Bettes. D. h.: von ungefähr 111 000 Offentuberkulösen hatten 4481 kein Bett für sich allein.

Das Berliner Sinfonieorchester bleibt in seiner bisherigen Form auf alle Fälle bis zum 30. September d. J. bestehen. Die Geschäfte des Orchesters werden bis dahin ohne Einschränkung weitergeführt.

Das Russische Institut für Deutschlandkunde veranstaltet eine neue Vortragsreihe. U. a. haben folgende deutsche und russische Gelehrte und Schriftsteller ihre Mitwirkung zugesagt: Prof. A. Kronfeld, Arno Nadel, Felix Stössinger, Dr. J. Brutzkus, Dr. A. Hackel, Dr. M. Schwarz, Prof. Graf Zubow, Dr. G. Wirschubski, Dr. E. Haskin, Dipl.-Ing. W. Tigranow, N. Belozwetow, Dr. B. Pines. Die Vorträge finden Rosenstr. 23 statt. Heute, abends 8.30 Uhr, spricht Arno Nadel über: „Höhepunkte der deutschen Lyrik“. Eintritt frei.

Schiedsspruch gegen Buchdrucker.

Verschlechterungen des Manteltarifs.

Das am 16. April wieder zusammengetretene tarifliche Zentralschlichtungsamt fällte in später Nachtstunde einen Schiedsspruch, der eine Reihe von Verschlechterungen des alten Manteltarifs bringt und mit diesen verschlechterten Arbeitsbedingungen den Tarif bis zum 30. April 1933 verlängert.

Die Bezahlung der Schichtarbeit wird gekürzt, wodurch den Schichtarbeitern **eine Lohnkürzung bis zu 1,80 Mark pro Woche** erwächst. Die Zuschläge für regelmäßige Sonntagsarbeit werden von 90 auf 75 Proz. herabgesetzt, die Ueberstundenaufschläge bei Kurzarbeit auf nur noch 10 Proz. bemessen und die **Lehrlingskostgelder** für die letzten drei Lehrjahre je nach der Ortsklasse um 1,92 bis 2,40 Mark pro Woche herabgesetzt. (Die Lehrlingskostgeldsätze sind, da sie sich in Prozentsätzen vom Gehilfenlohn bemessen, bereits im Vorjahre gleich den Gehilfenlöhnen um 18 Proz. gekürzt worden. Kurzarbeit soll künftig mangels einer Vereinbarung mit einer Ausnahmekündigungsfrist von drei Tagen angesagt werden können.

Die bedeutsamste Verschlechterung liegt jedoch in der Bestimmung, daß auch für die Vollarbeiter

der Urlaubslohn im laufenden Jahre „in Anbetracht der Notzeit" nur noch mit 70 Proz. ausbezahlt

werden soll, während die Kurzarbeiter den Urlaubsschein wie schon bisher nur anteilig nach Maßgabe der geleisteten Kurzarbeit erhalten jedoch ebenfalls nicht über 70 Proz. des Vollarbeiterlohns hinaus. Die Zahl der Urlaubstage bleibt in alter Höhe bestehen.

Trotzdem die Schlichter erklärten, daß sie fühlbare materielle Verschlechterungen über den Weg des Manteltarifs nicht eintreten lassen wollten, haben sie, wie in der mündlichen Begründung ausgedrückt, die vorstehenden Veränderungen für notwendig gehalten, um dem Gewerbe „eine etwas größere Beweglichkeit" zu schaffen.

Am einschneidendsten ist die Kürzung der Urlaubsbezahlung auch für die Vollarbeiter um 30 Proz., die anscheinend auf allgemeine Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums bezüglich der Verlängerung von Tarifverträgen zurückzuführen sind, womit einseitig nur wieder den Arbeitern die Erholungsmöglichkeiten außerhalb ihres Arbeitsortes erheblich erschwert oder gänzlich unmöglich gemacht werden. Aufs schwerste betroffen dürften von solchen Verböserungen der tariflichen Urlaubsbestimmungen, die gerade im Interesse der arbeitenden Bevölkerung geschaffenen billigen Wald- und Wassererholungsstätten, die Ferienheime usw. sein.

Die Unternehmer werden voraussichtlich dem Schiedsspruch zustimmen. Die Erklärungsfrist läuft am 20. April ab. Da die Unternehmer trotz der Mahnung der Schlichter ihre Lohntarifkündigung nicht zurückgezogen haben, werden am 20. April auch noch Verhandlungen über das am 30. April ablaufende Lohnabkommen zu führen sein.

Streik im Fuhrgewerbe?

Die Arbeiter zur Gegenwehr entschlossen.

Das Lohnabbaudiktat der Berliner Fuhrherrninnung ist bei den Arbeitern des Schwer- und Leichtfuhrgewerbes auf den schärfsten Widerstand gestoßen. Die Arbeiter denken nicht daran, sich nochmals 15 bis 16 Proz. Lohnabbau gefallen zu lassen, nachdem ihnen im Laufe von 1¼ Jahren schon 22 bis 28 Proz. Lohnabbau aufgebürdet worden sind.

Die Kutscher haben keine Lust, außerdem noch die Pferde ihrer Unternehmer umsonst füttern und pflegen zu gehen, wofür sie bis jetzt 3,60 M. pro Woche erhalten haben. Das Lohnabbaudiktat der Fuhrherrninnung ist so ungeheuerlich, daß sich viel Fuhrunternehmer scheuen, es ihren Arbeitern zu unterbreiten. Die Fuhrunternehmer, die ihren Arbeitern den Beschluß der Innung aufzwingen wollen, sind die altbekannten Scharfmacher im Berliner Fuhrgewerbe, wie zum Beispiel die Firmen Johann Knauer, Schöneberg, Georg Schultz, Weißensee, A. Dabbert, Mühlenstraße, und einige andere.

Die Funktionäre der im Gesamtverband organisierten Arbeiter des Schwer- und Leichtfuhrgewerbes haben am Sonntag beschlossen, in den Fuhrbetrieben, die auf der Durchführung des Diktats bestehen, die Arbeit einzustellen, um dadurch die Zurücknahme des Lohnabbaudiktats zu erzwingen.

Heute, Montag, soll in diesen Betrieben durch die Funktionäre noch ein letzter Einigungsversuch gemacht werden, so daß mit den Arbeitseinstellungen erst Dienstag früh zu rechnen ist. Zu der Gesamtlage nimmt eine Vollversammlung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter dieser Branche am Donnerstag in den Residenzfestsälen Stellung.

Der Streik in Nordwestböhmen.

Er soll fortgesetzt — oder abgebrochen werden.

Brüx, 18. April.

Während die freien Gewerkschaften sich für die Annahme des Prager Abkommens mit dem Arbeitsministerium einsetzten, beschloß eine Bergarbeiterkonferenz am Sonntag mit 758 Vertretern von 75 Schächten, den Streik mit allen Mitteln fortzusetzen. Das Prager Abkommen habe keine hinreichende Sicherung.

Die Streikleitung erklärte jedoch heute, falls wider Erwarten die Arbeiter am Montag die Arbeit doch wieder aufnehmen sollten, die Streikleitung den Streik abbrechen würde. Zur Beschlußfassung über die Ereignisse des Montags wurde für Dienstag eine neue Konferenz einberufen.

Für die Stimmung unter der Arbeiterschaft ist das Ergebnis der nationalistischen Besprechung bezeichnend. In der Sitzung wurde beschlossen, die Bergarbeiter zur Arbeitsaufnahme aufzufordern. Dieser Beschluß erfolgte aber bei Stimmenthaltung von 250 Vertretern mit einer Mehrheit von 50 : 6 Stimmen.

Ein Streikbegräbnis.

Der große Trauertag in Brüx.

Am Sonnabendnachmittag wurden in Brüx in Nordwestböhmen die beiden Todesopfer bestattet, die bei dem Zusammenstoß streikender Bergarbeiter mit Polizei und Militär erschossen wurden. Die Beteiligung an dem Trauerzug war ungemein stark. Die Schätzungen differieren zwar zwischen 12 000 bis 14 000 und 21 000 Menschen, lassen jedoch erkennen, daß es sich um eine machtvolle, würdige Demonstration der Bergarbeiterschaft Nordwestböhmens handelte, die durch die Unternehmerdrohung mit Massenentlassungen zum Massenstreik und zur Verzweiflung getrieben wurde.

Sieben Musikkapellen begleiteten den Zug, der sich in vollkommener Ruhe zum Friedhof bewegte, wo an den offenen Gräbern Ansprachen gehalten wurden. Es kam zu keinerlei Zwischenfällen.

Rundfunk der Woche

Siedlungsprobleme vor dem Mikrophon

Der erste der von der Berliner Funkstunde veranstalteten Vortragszyklen für Erwerbslose „Aus Arbeit und Leben" versuchte, die gegenwärtige Entwicklungsphase der Technik in ihren Auswirkungen auf Arbeitslage und Arbeitsmarkt aufzuzeigen. Der zweite Zyklus „Siedlung" beschäftigte sich mit dem Problem, wie sich die freigewordene Arbeitskraft zweckmäßig und sinnvoll anlegen läßt. Siedlung erscheint manchem Arbeitslosen heute nur als Versuch, einen Ausweg zu finden aus der wirtschaftlichen und seelischen Not, mit der er und seine Familie ringen, manchem aber auch als die große Hoffnung, der Aufstieg zu einem glücklichen, befreiten Leben. Was ist Siedlung in Wirklichkeit, wie sieht sie dort aus, wo sie bereits konkrete Gestalt angenommen hat, wie sieht sie für die Menschen aus, die in ihr leben?

Wer kann überhaupt zur Siedlung kommen, wer kann Siedler werden?

Gartendirektor Ludwig Lesser, der die Sendefolge leitete, begann sie folgerichtig mit der Klärung dieser letzten Frage. Die Darbietung „Weg zur eigenen Scholle" führte in die Siedler-Beratungsstelle Berlin. Die Dialoge waren für den Zweck der Funksendung konstruiert, und man hörte das aus jedem Satz heraus. Trotzdem waren sie gut, denn sie waren in den wesentlichen Punkten anschaulich und frei von Ueberflüssigkeiten. Der Hörer erfuhr: siedeln kann, wer durch Herkunft oder Beruf mit der Landwirtschaft verbunden ist. Das ist die wichtigste Voraussetzung, obgleich in den Stadtrandsiedlungen auch für jene Platz geschaffen werden soll, die aus großstädtischen Verhältnissen und Lebensbedingungen zur eigenen Scholle streben. Mit Lust und Liebe lassen sich die für diesen Kleinbetrieb notwendigen Kenntnisse schon aneignen; doch die richtige ländliche Siedlung, die den vollen oder doch den halben Lebenserwerb einbringen soll, erfordert gründlichere Vorbildung — und im allgemeinen ein Betriebskapital von mindestens einigen tausend Mark. Aber selbst dies beides genügt noch nicht. Wenn Bauernwirtschaft heute rentabel sein soll, so muß sie im Familienbetrieb bewirtschaftet werden. Das erfordert vor allen Dingen eine entsprechende Bereitschaft und Vorbildung der Frau, da diese einen wesentlichen Teil der Arbeit, vor allem die Sorge für das Vieh, übernehmen muß. Die Größe der Wirtschaft ist nicht nur vom vorhandenen Kapital abhängig zu machen, sondern vor allen Dingen von der Anzahl der arbeitsfähigen Hände in der Familie.

Täglich kommen 20 bis 30 Menschen in die Berliner Beratungsstelle, dazu schriftliche Anfragen in ungeheuren Mengen. Sehnsucht nach einer Heimat und Hoffnung auf eine Existenz sind wohl zu gleichen Teilen die Triebkräfte bei den meisten, die zur Siedlung streben. Die Siedlerfreude, der Wunsch nach Verbundenheit mit der Scholle ist ein wichtiger, unentbehrlicher Impuls für die schwere Arbeit des Siedlers. Das wurde anschaulich gemacht in dem

Bericht aus einer Stadtrandsiedlung bei Brandenburg

in der Mark. Einige hundert Erwerbslose haben sich hier ihre Häuser errichtet, ihre Grundstücke bestellt. In gemeinschaftlicher Arbeit entstand und entwickelte sich die Siedlung. Man half sich gegenseitig, baute die öffentlichen Wege und technischen Anlagen gemeinsam, um dadurch mit möglichst geringem Kostenaufwand auszukommen. Gartendirektor Lesser sprach vor dem Mikrophon mit einer fünfzigjährigen Kriegerwitwe, die gerade dabei ist, den Boden für ihren Hausbau auszuschachten; am 1. September will sie einziehen.

Auch in der ländlichen Siedlung Bärenklau, in die die Sendung des folgenden Tages führte, ist die alleinstehende Frau vertreten. Auf einer zwei Morgen großen Landarbeiterstelle wirtschaftet eine ehemalige Stenotypistin, die nach 23 Berufsjahren den Weg aufs Land suchte. Vier Jahre hat sie in dem Großbetrieb Bärenklau als Gärtnerin gearbeitet, ehe sie sich selbständig machen konnte. Ein Maschineningenieur, dessen Frau kaufmännische Sekretärin war, sitzt heute auf einem vierzig Morgen großen Bauerngut, das er vor neun Jahren nach einjähriger landwirtschaftlicher Lehrzeit, die er ebenfalls auf Bärenklau durchmachte, übernahm. Die größten Bauernstellen in Bärenklau umfassen sechzig Morgen; Gärtnersiedler bewirtschaften sechs bis zehn Morgen, Landarbeiter und Handwerker bis zwei Morgen. Siebenhundert Morgen des ehemals 2200 Morgen großen Gutes sind so besiedelt; das Restgut wird im Rahmen eines Großbetriebes verwaltet.

Durch genossenschaftlichen Zusammenschluß

sind möglichst günstige Absatz- und Einkaufsmöglichkeiten für die Siedler erreicht. Die Tatsache, daß Menschen, die ursprünglich nicht dem Lande verbunden waren, hier in Bärenklau zur Siedlung kamen und erfolgreiche Siedler wurden, scheint zu den Auskünften der Siedlerberatungsstelle in einigem Gegensatz zu stehen. Aber Bärenklau ist schon eine verhältnismäßig „alte" Siedlung. In der gegenwärtigen Krisenzeit ist der Andrang zu Siedlerstellen außerordentlich gewachsen; wie sich in der Schlußaussprache mit einzelnen Hörern ergab, in einem Maße, daß zur Zeit keineswegs alle Wünsche nach Siedlungsland befriedigt werden können. Infolgedessen bevorzugt man bei der Vergebung die besonders Geeigneten und vermeidet das Experiment.

Leider ging aus der ganzen Sendungsreihe nicht hervor, wie, im ganzen gesehen, die Experimente vergangener Jahre ausgegangen sind. Dem Hörer mußte es ungerecht erscheinen, wenn er nur von einzelnen günstigen Erfahrungen in dieser Richtung hörte und dann erfuhr, daß Menschen ohne Beziehung zum Landleben heute kaum Siedlungsmöglichkeit finden. Ihm wurde nicht deutlich gemacht, daß der Betriebsingenieur und die Sekretärin, die in einem Jahr zum perfekten Bauernehepaar werden, zweifellos besondere Begabung und besonders starken Willen für diese nicht leichte Umstellung besaßen. Es wurde aus der Stadtrandsendung sowohl wie aus Bärenklau zuviel flächig-bildhafte, zu wenig die Tiefen und Hintergründe durchleuchtende Reportage gebracht. Gartendirektor Ludwig Lesser ist ein glänzender Plauderer; seine Gespräche über Blumenzucht gehören zu den erfreulichsten Lehrstunden der Berliner Funkstunde. Seine Plauderkunst bewährte sich auch in dieser Sendung, wenn es galt, Bilder der äußeren Situation zu geben oder die notwendigen, aber nicht immer kurzweilig gehaltenen Berichte amtlicher Personen aufzulockern. Aber es fehlte ihm der Partner, der

die Bewohner der Siedlung in ihren persönlichen Schicksalen

vor das Mikrophon brachte. Denn diese Menschen sind für den Hörer eigentlich hier das wichtigste. Sie können ihm vielfach Antwort auf die brennendste Frage geben: „Könnte ich an ihrer Stelle stehen? Kann ich siedeln?" Was Gartenbaudirektor Lesser zeigte, schien eine Welt, in der jeder leben und sein Auskommen finden kann, wenn er aufgeweckt, gesund und arbeitswillig ist. Die Schwierigkeiten, die dem einzelnen immer wieder aus dem ungewohnten Lebens- und Arbeitsgebiet erwachsen, die einzelnen und die allgemeinen Sorgen des Siedlers traten in diesen Gesprächen nicht zutage. Es wäre günstiger gewesen, weniger Bilder, mehr Menschen in diesen Berichten zu zeigen.

Die Fragen, die in der abschließenden Höreraussprache gestellt wurden, bewiesen das bereits. Nach Aeußerlichkeiten wurde überhaupt nicht gefragt. Dagegen erkundigte man sich nach Möglichkeiten zur Siedlerschulung, nach den Mindestmitteln, die für die Siedlung notwendig sind, nach den Wirtschaftsnöten des Siedlers. In dieser letzten Sendestunde konnte das alles natürlich nur mit kurzen Hinweisen beantwortet werden. Wie wirkungsvoll wäre es aber gewesen, wenn die Menschen aus den Siedlungen selber davon berichtet hätten: wie sie das notwendige Kapital zusammengebracht haben, wie sie mit schwierigen Zeiten in der Siedlung fertig geworden sind, ob und weshalb nach ihrer Meinung Siedler in ihrer Umgebung scheiterten. Doch soll man nicht zu anspruchsvoll sein. Mit diesen Sendefolgen wurde Neuland betreten, und man muß zufrieden sein, wenn auch vielleicht nicht der beste, wohl aber ein gangbarer Weg eingeschlagen wurde. Das aber war hier unbestreitbar der Fall; der Hörer, der sich für Siedlungsfragen interessiert, bekam Anregungen und Hinweise, an welchen Stellen er sich eingehendere Auskünfte holen kann. Tes.

Verantwortl. für die Redaktion: Rich. Bernstein, Berlin; Anzeigen: Th. Glocke Berlin. Verlag: Vorwärts Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Hierzu 1 Beilage.

Theater, Lichtspiele usw.

Winter Garten
8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt
Varieté-Revue
„Fünf im Käsewagen" mit Ehrlich, Haimay, Morgan, Theimer, Söneland usw.

Staats Theater
Montag, den 18. April
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Cavalleria rusticana
Bajazzi

Stadt. Schauspielhaus Gendarmenmarkt 20 Uhr
Die endlose Straße
Kein Kartenverkauf

Schiller-Theater Charlottenburg 20 Uhr
Cyrano von Bergerac

8½ Uhr CASINO-THEATER 8½ Uhr
Lothringer Straße 37.
Berlins neuestes Operetten-Theater!
„Peppina"
Operette in 3 Akten. Musik von R. Stolz
Erstkl. Gesangskr. Neue Bühnenausst. Gutschein 1—4 Personen: Parkett 50 Pf. Fauteuil 1.— Mark, Sessel 1.50 Mark.

Theater a. Hollendorfplatz
Pallas 7051
8½ Uhr, Stg. 4½ Uhr
Traum einer Nacht
Operette in 3 Akten v. Lud. Wolff u. Karl Bohr
Musik von Hans May
Regie: Heinz Saltenburg
Rundfunkh. halb Pr. Stgs. 4½ Uhr kl. Pr.

Städt. Oper
Charlottenburg Bismarckstraße 34.
Montag, 18. April
Volksvorstellung
Kein Kartenverkauf
Manon
Pitt, Talke, Baumann, Pechner, Steier, Meyer
Anfang 19.30 Uhr
Ende geg. 22.30 Uhr

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
DIE SCHÖNE HELENA
Premiere Dienstag, 7 Uhr
Heute geschlossen
MAX REINHARDT INSZENIERUNG

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
„Liliom"
mit
Hans Albers

Staatl. Schiller-Theater
8 Uhr
Cyrano von Bergerac

Staatsoper
Unter den Linden
8 Uhr
Cavalleria rusticana
Bajazzi

Deutsches Theater
8 Uhr
Vor Sonnenuntergang
v. Gerh. Hauptmann
Regie Max Reinhardt

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Curt Götz in
Zirkus Aimee
Operette von Curt Götz, Musik von Benatzky

Theater des Westens
Täglich 8¼ Uhr
GASTSPIEL
Grete Slezak
in
Ehekarussell

PLAZA
Nähe Schlesischer Bahnh.
5 u. 8¼, Stgs. 2, 5, 8¼ U.
Tel.: E 7 Weichsel 4001
Der Vogelhändler

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weichsel E 7 3422
8.15 Uhr
Die Frau, die jeder sucht

Th. im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
Käthe Dorsch
Gustaf Gründgens
in:
Liselott'
Singspiel v. Eduard Künneke

Lessing-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Das Theater der Schauspieler
Maria Stuart
Agnes Straub, Tilla Durieux

Theater in der Stresemannstr.
Täglich 8¼ Uhr
Heinz Rühmann
Der Mustergatte
Schwank in 3 Akt.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN im „Vorwärts" und trotzdem
n billig n

Schwerhörige

Neue Modelle
hören sofort wieder
mit dem ärztlich empfohlenen
ORIGINAL-AKUSTIK-APPARAT mit neuestem Kleinhörer!
— Noch Besseres gibt es nicht! —
Deutsche Akustik Gesellschaft m. b. H.
Aelteste u. führende Spezialfabrik
Verkauf u. Vorführung:
Berlin-Wilmersdorf, Motzstr. 43
Berlin, Klosterstr. 44
Reinickendorf-Ost, Brienzer Str. 4
Verl. Sie Hauptkatalog 16 kostenlos
Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Original-Befema
Patentmatratzen / Ruhebetten
Couchs mit Befema-Federung
Patent-Drehbett (D.R.P.) ein Griff — ein Bett, sowie das neue Holzbett mit Befema-Federung sind vollkommen geräuschlos! — Kein Einliegen. Für schwerste Belastung. Ueberall erhältl. 20 Jahre Garantie.
Berl. Federmatratz.-Fabrik, Koppenstr. 31

Zahngebisse, Platinabfälle Quecksilber Rinnmetalle, Silberschmelze Goldschmelzerei. Christionat Köpenickerstraße 89 Haltestelle Adalbertstraße

Pumpen
z. Selbstanfertigen — Wären — Filter, sämtliche Ersatzteile, Illust. Preisliste gratis!
Koblank & Co.
Pumpenfabrik, Berlin N 65
Reinickendorfer Straße 91.

Der Abend
Spätausgabe des Vorwärts

Kampf um Preussen ist Kampf ums Reich!

Die geheimen Pläne der Reaktion – Von Wilhelm Tietgens

„In durchaus richtiger Einschätzung der geringeren Bedeutung der Reichsgewalt auf dem rein innerpolitischen Gebiet hat die Sozialdemokratie alle ihre organisatorische Kraft und alle ihre personellen Machtmittel auf die Durchdringung und Beherrschung des preußischen Staatsapparates konzentriert. Wird ihr dieser durch einen politischen Umschwung weggenommen, dann bedeutet das innerpolitisch geradezu eine Revision des 9. November."

(Deutschnationaler Abg. Lothar Steuer, in der Broschüre „Kämpfe um Preußen".)

„Der Kampf geht um Preußen, wo in diesem Jahre die Machtentscheidung fällt. Voraussetzung für einen neuen Ausbau des Staates ist die Ausschaltung des staatsfeindlichen Sozialismus, über Preußen muß das Reich erobert werden."

(Hugenberg in der deutschnationalen Neujahrsparole für das Jahr 1932, „Tag" 1. Januar 1932.)

Was die Reichstagswahlen vom September 1930 nicht gebracht haben, was auch die Reichspräsidentenwahl nicht brachte, das soll — so hoffen die Reaktionäre — die Preußenwahl bringen: Unterdrückung der Arbeiterschaft und Herrschaft des Faschismus. Denn

die Wahlen in Preußen sind mehr als einfache Parlamentswahlen für eine abhängige Länderregierung, sie sind die Wahlen im größten deutschen Land,

in dem Freistaat der deutschen Republik, dem wie dem Reichspräsidenten, der Reichsregierung und dem Reichstag eine ebenso bedeutungsvolle Stellung im Gliederbau des Reiches zukommt.

Es ist im allgemeinen wenig bekannt und wegen des komplizierten Aufbaues unseres Staatsapparates auch schwer verständlich, mit welchen Kompetenzen und mit welchen politischen Machtbefugnissen Reich und Länder, vor allem Reich und Preußen nebeneinander und zueinander stehen. Wir haben hin und wieder von Bemühungen um Reichsreform gehört, ohne wohl im einzelnen den Wert eines solchen Umbaues — noch dazu in wirtschaftlichen und politischen Notzeiten — einsehen zu können. Die Tagespolitik gab uns andere Sorgen und Aufgaben.

Nun legt Dr. Walther Vogel, Professor der historischen Geographie und Staatenkunde an der Universität Berlin, ein Buch vor, das die „Deutsche Reichsgliederung und Reichsreform in Vergangenheit und Gegenwart" zusammenfassend und übersichtlich behandelt. (B. G. Teubner, Leipzig, 1932, mit 22 Kartenskizzen, geh. 5,40 M., geb. 6,80 M.). Das Studium dieses Buches gerade in den jetzigen Wahlkämpfen ist von höchstem Wert. Es zeigt uns mit eindringlicher Deutlichkeit,

daß Preußen das Zentrum des Reiches ist und von hier aus die Politik des Reiches maßgebend beeinflußt wird.

Um diese Stellung Preußens zu festigen oder zu zerstören, je nach dem politischen Ziel der handelnden Gruppen, deshalb ist um Reichsreform gekämpft worden, deren Fortgang ebenfalls durch die Preußenwahl entschieden wird. So erhalten wir auch durch das Studium dieses aufschlußreichen Buches die Gewißheit, daß der Ausgang der Preußenwahlen von historischer Bedeutung sein wird.

Entstehung des Reiches.

In einem kurzen — wegen der Bedeutung dieser Entwicklung vielleicht zu kurzen — Abschnitt gibt Vogel einen Ueberblick über den Aufbau des Reiches seit seinen Anfängen bis zur Weimarer Verfassung. Wir sehen, wie allmählich das Reich von Westen nach Osten wuchs, aber eine einheitliche Führung und Geschlossenheit nicht zustande kam, weil das Kaisertum über „Deutschland" hinausgriff und sich in Italien und gegen das Papsttum verlor. Währenddessen durchbrachen die deutschen Fürsten, durch eigene Interessen und eigene Machtpolitik geleitet, die Verwaltung und zerstörten die Einheitlichkeit des Reiches von innen heraus. Versuche, die unzähligen Splitter durch neue Kreiseinteilungen oder durch „Einungen" zu einem festen Reich zusammenzuschweißen, mußten an den vielseitigsten Interessen scheitern. So konnte eine Reichsbildung nur durch gewaltsame Ueberwindung dieser Einzelinteressen zustande kommen. Sie wurde lange Zeit hinausgeschoben, weil gleichzeitig zwei deutsche Staaten, Oesterreich und Preußen, diesen Versuch unternahmen, und zwar in eigenem Interesse, weil sie durch die erstrebte Vorherrschaft über die anderen deutschen Staaten an Macht gewinnen wollten.

Diese höchst tragische Geschichte der deutschen Reichswerdung erhielt im 19. Jahrhundert einige ebenfalls traurige, aber doch weiterführende Abschnitte. Napoleon brachte durch seine großzügige „Flurbereinigung" für das Deutsche Reich eine wesentliche Vereinfachung. Die Entstehung neuer Königreiche und Großherzogtümer erfolgte zwar nur im Interesse des französischen Imperialismus, dennoch verteidigen heute unsere deutschen „Nationalisten" die Selbständigkeit dieser Staatsgebilde mit dem Hinweis auf uralte Stammeseigentümlichkeit und eigene Geschichte!

Der „Deutsche Bund", ein Meisterstück des Reaktionärs Metternich, brachte über die deutschen Staaten die Vorherrschaft Oesterreichs. Bismarcks Patentlösung zerschlug diesen Bund und schloß Oesterreich aus der deutschen Staatengemeinschaft aus. Dafür gerieten die deutschen Staaten mit der Reichsgründung 1871 unter die Vorherrschaft Preußens.

In dieser unorganischen Form wurde das deutsche Staatsgebilde den Schöpfern der Weimarer Verfassung zum Neubau überliefert. Es gelang damals in den Wirren des großen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs nicht, ein harmonisches Reich aufzubauen. Wohl ist die Weimarer Verfassung auf die Idee eines Einheitsstaates aufgebaut, aber ihre Durchführung mißlang.

Der heutige Zustand.

Das Studium der Weimarer Verfassung ergibt den Eindruck, als ob das Reich ein einheitliches Ganzes sei, das seine innere Gewalt auf die Länder zur besseren Ausführung der Verwaltung übertragen habe. In Wahrheit ist die Reichsgliederung höchst kompliziert, unorganisch und kostspielig. Diese Tatsache ist bei Vogel leider nicht stark genug herausgearbeitet, weil das Problem Preußen-Reich zu sehr im Vordergrund steht.

Die deutsche Republik zerfällt noch immer in 17 verschiedene Länder. Insgesamt werden die 62 Millionen deutscher Staatsbürger von 65 Ministern und von mehr als 2100 Abgeordneten regiert! Frankreich hat dagegen bei 41 Millionen Einwohnern und 55 Millionen Kolonialbevölkerung nur 13 Minister und 911 Abgeordnete, Usamerika bei 123 Millionen Einwohnern nur 10 Minister und 435 Abgeordnete. Die Vielzahl der deutschen Länderparlamente allein kostet ohne Reichstag mehr als 11 Millionen Mark jährlich, die Länderministerien ohne Reichsregierung schlucken 48 Millionen Mark! Wie ungleich zudem das Verhältnis von Bevölkerung und Parlament ist, zeigt die folgende Gegenüberstellung. Nach dem Ergebnis der letzten Landtagswahlen kommen auf je einen Abgeordneten in Preußen rund 85 000 Einwohner, in Bayern und Sachsen etwas über 50 000, in Württemberg, Baden und Thüringen immerhin noch um 30 000 Einwohner, in Mecklenburg-Strelitz und in Schaumburg-Lippe aber nur rund 3000!

Diese 17 deutschen Länder sind nun nicht, wie man es so gern wahr haben will, Wohnsitze geschlossen lebender deutscher Stämme, sondern sie sind zahlreich zersplitterte Gebietsteile, die von den ehemaligen Dynastien durch Erbschaft, Heirat, Tausch, Kauf und Krieg zusammengeramscht worden sind. So besteht allein schon das Land Braunschweig aus 28 Teilen, die in Preußen zerstreut liegen und oft nicht größer sind als ein großer Acker. 1929 gab es noch insgesamt 178 vom Stammland getrennte Gebietsteile mit nahezu 2 Millionen Einwohnern. Dieses Durcheinander erfordert natürlich auch eine Unmenge von Verwaltungskosten.

Nicht weniger verhängnisvoll als diese Zersplitterung und Vielstaaterei ist die Ungleichheit der einzelnen Länder. Schaumburg-Lippe hat nur 48 000 Einwohner, das ist die Bevölkerung einer Kleinstadt und weniger als die durchschnittliche Einwohnerzahl eines preußischen Landkreises! Neun Länder haben weniger als eine Million Einwohner, 12 Länder haben weniger Einwohner als die preußische Provinz Pommern, die von allen preußischen Provinzen, die kein Gebiet verloren haben, am schwächsten bevölkert ist. Die größeren der deutschen Länder, Baden und Württemberg, haben weniger Einwohner als der preußische Regierungsbezirk Arnsberg, der längst nicht der größte ist. Württemberg wird von 1 Staatspräsidenten, 4 Ministern, 80 Abgeordneten und 61 Landräten regiert und verwaltet, Baden von 1 Staatspräsidenten, 3 Ministern, 88 Abgeordneten, 4 Regierungspräsidenten und 40 Landräten. Auf den preußischen Regierungsbezirk Arnsberg entfallen dagegen nur ein Regierungspräsident und 18 Landräte.

Preußen umfaßt mit rund 38 Millionen Einwohnern zwei Drittel der ganzen Reichsbevölkerung. Es hat fünfmal soviel Einwohner wie Bayern, das zweitgrößte Land, und 800mal soviel wie Schaumburg-Lippe, das kleinste Land.

Der Schwerpunkt der Wirtschaft Deutschlands in Industrie und Landwirtschaft wie überhaupt des ganzen Lebens liegt auf preußischem Gebiet. So ist die Verwaltung und die Politik Preußens also maßgebend auch für das ganze Reich.

Sie wird aber äußerst erschwert durch den Aufbau unserer Staatsorganisation. Die Reichshauptstadt Berlin ist z. B. Sitz der Reichsregierung, zugleich aber auch Sitz der preußischen Regierung, die mit acht Ministern drei Fünftel desselben Reiches beherrscht, an dessen Spitze 11 Reichsministerien stehen. Eine ständige Ueberschneidung ist daher unvermeidlich. Hinzu kommt noch die eigenartige Verteilung der Machtbefugnisse. Die Reichsregierung hat für die Durchführung ihrer großen politischen Maßnahmen auf den wichtigsten Gebieten keine Exekutive, sie ist immer auf die bereitwilligste Mitarbeit der Länder angewiesen. Was das bedeutet, beweisen tagtäglich die Reibereien zwischen Reichsregierung und braunschweigischer Landesregierung. Umgekehrt haben die Länder wohl die gesamte Verwaltung in Händen und kennen unmittelbar die Bedürfnisse und Verhältnisse der Bevölkerung, können aber nur geringfügigen Einfluß nehmen auf die Ausgestaltung der Gesetze, die auszuführen ihre Aufgabe ist. Seit Jahren ist beispielsweise die preußische Regierung bemüht, eine der Verfassung entsprechende Schulverwaltung aufzubauen, muß aber immer wieder scheitern, weil ein Reichsschulgesetz nicht zustande kommt. So ergeben sich fortlaufend die unliebsamsten Schwierigkeiten und Mißstände, die den Aufbau des Staates gefährden und seine Verwaltung hemmen.

Was soll werden?

Bei Würdigung aller Mißverhältnisse im Aufbau des Reiches steht das Problem Preußen-Reich, das man auch als Problem kleines Deutschland-größeres Deutschland (Oesterreich ist ja immer noch Ausland!) bezeichnen kann, im Vordergrund. Infolgedessen sind auch die vielfachen Bemühungen um eine Reform des Reiches zuerst immer auf diese schwierige Aufgabe gestoßen, aber ebenso immer an ihr gescheitert. Von den zahlreichen Reformvorschlägen bespricht Vogel die wichtigsten, deren Zielsetzung auch hier kurz angegeben werden soll.

Von der Reichsregierung wurde 1927 eine Länderkonferenz zur Reichsreform einberufen, die unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Marx im Januar 1928 in Berlin tagte. Als wichtigstes Ergebnis wurde — neben mancher Klärung der Angelegenheit — ein Verfassungsausschuß eingesetzt, der in eingehenden Arbeiten die Möglichkeiten einer Reichsreform prüfte. Nach den Hauptgedanken dieser Reichsreformvorschläge soll Preußen im Reiche aufgehen, d. h. die preußischen Ministerien sollen mit den Reichsministerien verschmolzen, die preußische Verwaltung von der Reichsverwaltung übernommen werden. Die preußischen Provinzen sollen mit einigen Einschränkungen den übrigen deutschen Ländern gleichgestellt werden, nachdem die norddeutschen kleinen Länder mit den preußischen Provinzen vereinigt und die preußischen Regierungsbezirke aufgelöst worden sind. Auf diese Weise würden in ganz Deutschland Länder von ungefähr gleicher Größe entstehen, die als mittlere Verwaltungsinstanzen in der Art der heutigen Regierungsbezirke zwischen der zentralen Reichsregierung und den lokalen Kommunalbehörden zu arbeiten hätten. Allerdings besteht der gefährliche Unterschied, daß die alten süddeutschen Länder eine eigene Regierung, eigenes Parlament und gewisse staatsrechtliche Hoheit behalten, während die norddeutschen Länder „neuer Art" dies alles nicht erhalten, sondern durch die Regierung des Reiches und durch den Reichstag mitvertreten werden sollen. Es würden also zwei Arten Länder mit völlig verschiedenen Machtbefugnissen entstehen. Auch sonst liegen in diesem Plane bedenkliche Einzelheiten.

Ein zweiter beachtlicher Reformvorschlag kommt vom „Bund zur Erneuerung des Deutschen Reiches", einer Organisation, die im Jahre 1928 von dem früheren Reichskanzler Dr. Luther gegründet ist und heute vornehmlich von dem früheren Reichsminister Dr. Geßler geführt wird. Die Gedanken dieser Reformen bewegen sich in der gleichen Richtung. Sie haben im wesentlichen nur den großen Unterschied, daß die als Länder neuer Art gedachten preußischen Provinzen hier als Reichsprovinzen auftreten. Ganz Preußen, mit den norddeutschen Kleinstaaten vereinigt, soll als Reichsland unmittelbar unter der Reichsregierung stehen. Doch behält es bei diesem Vorschlag eine große Geschlossenheit, die bei dem ersten Vorschlag sehr schnell verloren gehen muß.

Von den zahlreichen Vorschlägen privater, vor allem wissenschaftlicher Kreise sei der Entwurf von A. Weitzel erwähnt, der unter dem Namen „Frankfurter Entwurf" bekannt geworden ist. Nach ihm soll Deutschland einschließlich Oesterreich in 13 etwa gleich große Reichsländer gegliedert werden, unter Berücksichtigung ihrer Zusammenhänge in Wirtschaft, Verkehr und Kultur. (Diesen Entwurf stellt die Geographische Verlagsanstalt Ludwig Ravenstein, Frankfurt a. M., in einer Uebersichtskarte 1 : 2 000 000 dar, verbunden mit eingehender Statistik.)

Hugenbergs Wünsche.

Während diese Vorschläge trotz aller Sonderinteressen eine gewisse Fortentwicklung zum dezentralisierten Einheitsstaat im Sinne der Reichsverfassung anstreben, gibt es noch Reformvorschläge, die ausgesprochen reaktionär sind. So zielen die Forderungen des deutschnationalen Politikers Dr. Hugenberg ganz offen auf eine eindeutige Vorherrschaft Preußens über die anderen Bundesstaaten hin. Alsdann wird in dieser Reichsreform die Abschaffung des Parlamentarismus gefordert durch Aufhebung des Artikels 54 der Reichsverfassung. Die Streichung dieses Paragraphen würde die Ministerverantwortlichkeit vor dem Parlament beseitigen und damit dem Parlament jeden politischen Einfluß nehmen. Mit dieser grundlegenden Umgestaltung des Reichsaufbaues nach den Plänen Hugenbergs wäre in der Tat ein Zustand erreicht, der jede volksstaatliche Weiterentwicklung der Republik im Sinne der Reichsverfassung unmöglich machen würde.

Deutschland würde aufhören eine Republik zu sein, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht.

Bei den Vorschlägen Hugenbergs kommt die Gegnerschaft gegen die Parlamente sehr deutlich zum Ausdruck. Aber auch die anderen Vorschläge, die eine Auflösung Preußens im Interesse eines dezentralisierten Einheitsstaates wollen, bringen mehr oder weniger bewußt eine Rückentwicklung des Parlamentarismus und eine Gegnerschaft gegen die Staatsgewalt des Volkes. Zwar wollen sie eine Vereinfachung und damit vielleicht eine Stärkung der Selbstverwaltung in den unteren und mittleren Instanzen, aber in der großen Politik wird dem demokratischen Parlamentarismus entgegengewirkt. Vor allem bedeutet es stärkste Gefährdung des republikanischen und sozialen Fortschritts, wenn Preußen in seine Teile aufgelöst werden soll, denn

das einheitliche republikanische Preußen ist heute der stärkste Garant der Weimarer Verfassung.

Diese großen politischen Gegensätze kommen auch bei Vogel zum Durchbruch. Es ist dem um wissenschaftliche Objektivität sich mühenden Professor leider nicht gelungen, seine antiparlamentarischen Gefühle zurückzuhalten.

Jetzt ist wieder der Kampf aufs schärfste entbrannt. Am 24. April soll Preußen, das Bollwerk der Republik, von der Reaktion erobert werden. Das Buch Vogels, das bestimmt nicht im Interesse der Arbeiterschaft geschrieben ist, zeigt deutlich, was auch für die weitere Zukunft auf dem Spiele steht, wenn in Preußen die Reaktion siegt. Mit Preußen soll das Reich erobert, durch den Preußensieg die Revolution rückgängig gemacht und die Sozialdemokratie, der „Marxismus" vernichtet werden!

Daß dies nicht am 24. April und niemals geschehen wird, dafür gilt es alle Kräfte zusammenzufassen.

Der Sport des Sonntags

Arbeiter-Fußball / Handball / Hockey

Adler 08 schlägt Eintracht 6:2

Meisterschaftsspiel in zweiter Auflage? Das war die Frage, die die zahlreichen Zuschauer in Reinickendorf stellten. Nun, es war alles andere, nur kein Meisterschaftsspiel! Reinickendorf ließ den Meister nicht erkennen. Hätte der Schiedsrichter von Anfang an richtig durchgegriffen, wäre es zu den beobachteten unliebsamen Zwischenfällen nicht gekommen. Erst nachdem von jeder Mannschaft ein Spieler die Zuschauer vermehrte, hielten sich die anderen Spieler ruhiger.

Daß Adler gewinnen würde, stand eigentlich schon vorher fest. Die Pankower verfügen jetzt wohl über die eingespielteste Elf des Kreises. Schon nach einer Minute Spielzeit saß der erste Treffer im Netz der Reinickendorfer, dem in der 7. Minute der zweite folgte. Dann kam keine Mannschaft mehr so recht zum Schuß. Bald waren es die beiderseitigen Läuferreihen, die Erfolge nicht mehr zuließen, bald die Verteidigungen. Erst nach halbstündigem Spiel konnte Adler den Vorsprung auf drei und nach weiteren drei Minuten auf 4 Tore erhöhen. Nach der Pause leisteten sich Adlers Stürmer einige Scherze, die die Mannschaft um mindestens vier Treffer brachten. Dann wachten die Reinickendorfer etwas auf. In der 50. Minute konnte der schnelle Linksaußen eine gute Vorlage zum ersten Treffer für Eintracht anbringen, dem der Halbrechte bald darauf den zweiten folgen ließ. Dieses zweite Tor für Reinickendorf war eigentlich das schönste des ganzen Spiels. Damit war aber auch das Pulver der Reinickendorfer verschossen. Noch zweimal gelang es den Pankowern, den gegnerischen Torwart zu schlagen und das Resultat auf 6:2 zu schrauben.

Weitere Resultate: Lichtenberg 2 gegen Lichtenberg 1 1:4. — Nord gegen Baumschulenweg 10:1. — Wilmersdorf gegen Luckenwalde 1 3:2. — Eiche-Köpenick gegen Kölnische Heide 10:0. — Normannia gegen Wacker 30 5:0. — Butab gegen Vorwärts-Wedding 3:8. — Eintracht-Spandau gegen Staaken 2:1. — Eiche-Johnsdorf gegen Storkow 3:2. — Minerva gegen Teltow 2:6. — Hansa 31 gegen Pankow 5:3. — Zweite Mannschaften: Lichtenberg 2 gegen Lichtenberg 1 1:0. — Staaken gegen Eintracht-Spandau 2:1. — Normannia gegen Wacker 30 7:0. — Wilmersdorf gegen Luckenwalde 1 3:2. — Friedenau gegen 33/1. 11:0. — Pankow gegen Hansa 2:0. — Pankow 3 gegen Hansa 3 0:3. — Teltow gegen Minerva 3:1. — Adler 08 gegen Eintracht-Reinickendorf 3:1 — Adler 3 gegen Baumschulenweg 6:1. — Butab gegen Vorwärts 8:1. — Butab 3 gegen Potsdam 3 0:1. — Eiche gegen Kölnische Heide 3:2. — Eiche-Johnsdorf gegen Storkow 4:0. — Teltow Jugend gegen Hansa 31 2:0. — Teltow Schüler gegen Fichte 6:0. — Adler Schüler gegen Caputh 5:0.

Im Vorrundenspiel um die Bundesfußballmeisterschaft zwischen Kottbus 93 und dem Verein für Körperkultur Leipzig siegten die Kottbuser mit dem knappen Ergebnis von 4:3. Kottbus ist somit Endspielgegner um die Bundesmeisterschaft. — In Nürnberg spielten Nürnberg-Ost und Neckargartracht um die süddeutsche Meisterschaft. Mit 8:0 blieben die Nürnberger Sieger.

Handball

Das Blitzturnier in Reinickendorf

Ein Handballspiel ist an und für sich schon immer sehr schnell und aufregend. Um wieviel größer ist aber die Aufregung und die Anforderung bei einem Handball-Blitzturnier. Daß diese Anstrengungen aber leicht zu überwinden sind, wenn man im Training bleibt, zeigte das gestrige Turnier der Freien Sportvereinigung Reinickendorf-West in der Scharnweberstraße. In zehn Spielen standen sich zwanzig Mannschaften gegenüber. Die Kürze der Spielzeit, zweimal 20 Minuten, zwang jede Mannschaft, alles aus sich herauszugeben und den einmal errungenen Vorsprung zu halten. Aber nicht immer ließ sich das machen. So mußte der Bezirk Osten der FTGB., der gegen Nowawes bis zur Pause bereits mit 2:0 in Führung lag, den Sieg doch noch an die „Rudelberger" abgeben. Ueberhaupt die Ostmannschaft. So schlecht wie gestern hat man diese Mannschaft wohl noch nie gesehen. Das schönste und auch schnellste Spiel im Turnier war die Begegnung Moabit—Reinickendorf. Kaum vermochte man dem Ball zu folgen. Der wohlverdiente Beifall blieb dann auch nicht aus. Im nachstehenden bringen wir die erzielten Ergebnisse nach der Spielreihenfolge:

Nowawes gegen Osten 3:2. In der vierten Minute ging Osten mit 1:0 in Führung, dem in der 6. Minute der zweite Treffer folgte. Gleich darauf verfehlt Osten das leere Tor. In der 8. Minute holt Nowawes 2:1 auf. In der 13. Minute unentschieden 2:2. Nach weiteren 3 Minuten 3:2.

Moabit gegen Wedding 0:2. Die erste Halbzeit verlief torlos, da sich die Weddinger vor dem Tor Moabits festspielten. Erst in der 17. Minute gelang der erste Treffer und eine Minute vor Schluß der zweite.

Nowawes gegen Reinickendorf 0:2. Hier fielen beide Treffer immer kurz vor dem Abpfiff.

Moabit gegen Osten 4:1. Die Moabiter waren stets Herren der Situation. Sie waren im Vergleich zum Spiel gegen Wedding nicht mehr wieder zu erkennen. Halbzeit 3:0. In der 13. Minute 4:0 und erst in der 15. Minute 4:1.

Wedding gegen Reinickendorf 1:1. Während die erste Spielhälfte torlos verlief, gingen die Weddinger in der 12. Minute in Führung. In der 17. Minute stellte Reinickendorf die Partie auf Remis.

Nowawes gegen Moabit 2:2. Aus einem 0:2 in der ersten Halbzeit wurde nach dem Wechseln ein 2:2. Beide Mannschaften spielten mit der Sonne im Rücken überlegen.

Osten gegen Wedding 1:3. Fast sah es aus, als sollte Osten diesen Kampf für sich entscheiden. Nach 2 Minuten gingen die Ostleute in Führung. Noch im Liegen konnte der Halblinke den Ball ins Netz befördern. Damit war es mit Ostens Kunst aber auch vorbei. Die 4., die 6. und die 7. Minute bringen für Wedding die Tore. Die zweite Spielhälfte blieb dann torlos.

Moabit gegen Reinickendorf 1:2. Das schönste Spiel des Turniers. Das Resultat entspricht vollkommen dem Spielverlauf. Die Reinickendorfer führten bis zur Pause mit 0:2 Toren. Unverdrossen griffen die Moabiter in der zweiten Halbzeit an. Der Erfolg kam dann auch in der 16. Minute. Der Rest der Spielzeit brachte bald diese, bald jene Mannschaft in Vorteil.

Nowawes gegen Wedding 0:2. In der 3. Minute errangen die Weddinger den ersten Treffer, dem in der 14. Minute der zweite folgte.

Osten gegen Reinickendorf 0:1. Für die Reinickendorfer kam nur ein Sieg in Frage, wollten sie in der Spitzengruppe bleiben. Lange sah es aber so aus, als sollte dieser letzte Kampf ohne jeden Torerfolg ausgehen. Da kamen die Reinickendorfer aber zwei Minuten vor Schluß doch noch zum Siegestreffer.

Das Gesamtresultat lautet: Sieger Wedding mit 7:1 Punkten und 8:2 Toren. Reinickendorf ebenfalls 7:1 Punkte aber nur 6:2 Tore. Moabit 3:5 Punkte und 7:7 Tore. Nowawes 3:5 Punkte und 5:8 Tore. Osten 0:8 Punkte und 4:11 Tore.

Der Verein Volkssport Neukölln hatte sich zu seinem Werbetag eine Mannschaft aus Frankfurt verpflichtet. Wie vorauszusehen war, gewannen die Frankfurter hoch mit 10:5 Toren, obschon sie gerade in der ersten Halbzeit schwer zu kämpfen hatten. Die Neuköllner legten ein sehr schnelles Tempo vor und lagen bald mit 2:0 in Führung. Die Frankfurter ließen sich aber nicht aus dem Kontakt bringen. Planmäßig verlegten sie das Spiel in die Hälfte der Neuköllner. Beim Stande von 3:2 wurden die Seiten gewechselt. Nach dem Wiederanwurf blieben die Neuköllner zunächst nur mit einem Torunterschied den Frankfurtern dichtauf. Aber beim Ergebnis 7:5 ließen die Neuköllner nach. Noch dreimal gelang es den Gästen, den Neuköllner Torwart zu überwinden. — Die Kaulsdorfer hatten sich die erstklassige Mannschaft von Eiche-Köpenick verpflichtet. Mit nicht weniger als 9:2 Toren geschlagen, hatten sie das Nachsehen.

Faustball-Turnier der Alten

Die Altersriegen der Berliner Arbeitersportler begannen am Sonntag mit den neuen Spielen. 18 Mannschaften stellten sich der Leitung. Besondere Anerkennung verdienen die Frauen der Freien Scholle Tegel, die auch mit dabei sein wollten. Ein Vorbild für die noch fehlenden! In Anbetracht dessen, daß der Wahlkampf schon mit ganzer Kraft eingesetzt hat und das Aprilwetter am Morgen noch sehr rauh war, ist der Besuch als sehr günstig zu bezeichnen. Nach kurzer Gymnastik begannen die Spiele.

Hockey

Dem Freien Hockey-Klub Spandau gelang es, den aussichtsreichsten Titelanwärter Volkssport Neukölln-Britz mit 2:1 zu schlagen. Die Neuköllner zeigten wenig Zusammenspiel, so daß die Spandauer sich gut entwickeln konnten. Ihre Angriffe waren schwungvoll und von großer Durchschlagskraft, was den knappen Sieg als gerecht erscheinen läßt. Auch der andere Meisterschaftsanwärter Tennis-Rot konnte sich gegen den Athletik-Sportklub nicht erfolgreich durchsetzen und spielte nur unentschieden 2:2. Die zweiten Mannschaften vom Volkssport Neukölln-Britz gewannen gegen Freien Hockey-Klub Spandau 4:2 und die Sportlerinnen des Volkssport Neukölln spielten gegen Tennis-Rot unentschieden 0:0.

Segeln und Rudern

Das Anfahren der Arbeitervereine bei 4 Grad „Hitze"

Selbst beim besten Willen kann man nicht behaupten, daß vier Grad über Null die richtige Temperatur zum Segeln und Rudern ist. Als gestern morgen die Freien Segler auf ihren Bootsplätzen die Wetteranzeigeapparate studierten, da mußten sie sich doch überzeugen lassen, daß die verklammten Finger von einer niederträchtig niedrigen Temperatur herrührten. Und sie hatten sich doch alle so sehr auf das Ansegeln gefreut. Fünf Monate lang lagen die Boote aufgestapelt auf den Plätzen und in den Schuppen und hielten ihren Winterschlaf. Viel Farbe und Lack und noch mehr Arbeit war in den letzten Wochen an die Instandsetzung verwendet worden. — Gestern sollten nun zum ersten Male die Stander und Flaggen des Freien Segler-Verbandes über den Wassern wehen!

Doch die Rücksicht auf das leibliche Wohlbefinden ließ sie einen anderen Entschluß fassen. Was die Havelvereine betrifft, so war man sich im Schifferrat sehr bald darüber einig, daß Kokesöfen auf Segelbooten eigentlich nicht viel zu suchen haben, und so sagte man kurzerhand, wenn auch schweren Herzens, die offizielle Anfahrt ab. Was allerdings einige Unentwegte nicht hinderte, ihr Ansegeln im Familienmaßstabe abzuhalten. Den neuen Termin hat man auf den 1. Mai festgelegt; hoffentlich findet sich auch auf der Havel an diesem Tage eine stattliche Flotille ein, die der hakenkreuzlerischen Wasserfahrergesellschaft, die sich dort breit zu machen versucht, zeigt, was Sache ist.

Die Freien Segler Wannsee hatten die Freude, ihren neu zugewiesenen Bootsplatz einer größeren Oeffentlichkeit zeigen zu können. Gegenüber dem Freibad Wannsee haben sie ein hübsch gelegenes Terrain, wo — das ist ihr sehnlicher Wunsch — einmal ein recht schönes, gemütliches Bootshaus entstehen soll. Vorerst gibt's noch viel Arbeit auf dem brachen Land. Doch den Mut wollen die „Wannseer" schon gern aufbringen; sie fühlen sich als Vorposten des Freien Segler-Verbandes inmitten einer großen Menge recht feudaler Seglereibesitzer.

Segler im Osten Berlins

Auf den Bootsplätzen der Gruppe Osten des Kreises Berlin im Freien Seglerverband stieg die Flagge, der rote Ball im weißen Felde, nach der langen Winterpause gestern zum ersten Male wieder an den geschmückten Flaggenmasten empor und gegen 11 Uhr bildeten sich auf allen Gewässern die Geschwader, die unter Führung eines Flaggschiffes den Treffpunkten zustrebten. Alle Boote frisch lackiert und trotz der schweren Zeit fehlten auch eine Reihe von Neubauten nicht, die während des Winters entstanden waren. Die Köpenicker Vereine trafen sich in Grünau mit den dort beheimateten Sportgenossen und gemeinsam ging es in langen Zügen zum Seebinsee, dem beliebten Segelrevier, auf dem in Kürze die Frühjahrsregatten der Gruppe Ost stattfinden werden. Die Vereine der Müggel mußten bereits mit dem kalten Naß etwas nähere Bekanntschaft machen. Auf der Westseite des Sees gab es eine ganz schöne Welle, die so manchen Brecher über das Boot jagte. Die Mitglieder des Rahnsdorfer Segelvereins waren den Müggelseern bis Friedrichshagen entgegengekommen und diesen hatten sich wieder die Boote des Wassersportvereins Welle angeschlossen, die im November vorigen Jahres durch ein Brandunglück fast ihr ganzes Bootsmaterial einbüßten, aber durch zähe Arbeit mit größtem Opferwillen bereits wieder eine nette kleine Flotte zusammenhaben. Auf der Friedrichshagener Seite wurde das imposante Bild, das der Müggelsee mit seinen vielen weißen Schwingen zeigte, von zahlreichen Zuschauern interessiert beobachtet. Man kann also feststellen, daß die Ostenvereine auch bei 4 Grad „Hitze" die Segel setzen zum Anfahren. Aber 4 Grad im Westen und 4 Grad im Osten machen 8 Grad und da geht es dann schon!

Rudern macht warm!

Die Ruderer und Kanufahrer aus den Vereinen Butab, Collegia, Freie Schwimmer Charlottenburg, Freie Kanu-Union und dem Reichsbanner genossen gegenüber den Seglern den Vorzug, daß sie sich bei der Ausübung ihrer sportlichen Tätigkeit warm machen. Sie ließen sich denn auch gestern nicht abhalten, und machten gegen 10 Uhr die Boote klar. Die Vereine, die in Spandau-Tiefwerder liegen, trafen sich vor dem schönen Klubhaus des Butab und fuhren dann gemeinsam nach Gatow, wo sie von den Collegia-Leuten erwartet wurden. Ueber hundert Boote aller Gattungen waren zusammengekommen, die in dichten Scharen dem Großen Fenster unweit des Wannsees zustrebten. Dort traf man sich mit der Havelaktionsgruppe Schwarz-Rot-Gold und mit den Nowaweser Wasserfahrern. Da wurde es denn trotz der niedrigen Temperatur bald sehr lustig. Das Ausbooten ging ohne Zwischenfall vor sich, in jedem Fahrzeug fand sich doch einer, der das Herz hatte, mit nackten Beinen in das frühjahrskalte Wasser zu steigen, um seine Kameraden und Kameradinnen an Land zu tragen. Genosse Szumann-Collegia gedachte in einer kurzen Ansprache des Tages und eröffnete damit die Saison der Arbeiter-Ruderer und -Paddler auf der Havel.

Der Nachmittag war dem Beisammensein in den Heimathäfen der Vereine vorbehalten. Collegia hatte als Arbeiterverein angesichts der bevorstehenden Wahlen das Richtige getroffen: In Krauses Gasthof in Gatow fand in Gemeinschaft mit Parteimitgliedern aus dem Ort und aus Spandau eine Feier statt, bei der die Ruderer mit einem Fahnenaufmarsch mitwirkten und der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Maderholz eine Ansprache hielt.

Der Ruderverein „Vorwärts" versammelte gestern seine Mitglieder zum Anrudern. Mit roten Wimpeln festlich geschmückt, setzte sich gegen Mittag eine starke Flottille zu einer Fahrt in die Stadt in Bewegung, die beim Publikum starke Beachtung fand und sicher ihren Werbezweck für die Arbeiterruderbewegung erfüllte. Der Nachmittag vereinte alle Mitglieder und Gäste bei fröhlicher Feier. Doch auch dem Ernst der Zeit wurde Rechnung getragen, und der 1. Vorsitzende Schreck ermahnte alle Genossen in eindringlichen Worten, am Sonntag, dem 24. d. M., jede Stimme für Braun-Severing abzugeben.

Der große Straßenlauf

ASC. gewinnt den Straßenlauf Deutschwusterhausen—Eichwalde

Auf der altbekannten Rennstrecke kam gestern zum zwölften Male die Frühjahrsprüfung der Mittelstreckler der Arbeitersportler zum Austrag. Die Freie Turnerschaft Wildau buchte mit ihrer Veranstaltung einen weiteren Erfolg. Schon um 14 Uhr belebte sich die Laufstrecke. Lastautos setzten die Läufer an den einzelnen Wechselmarken ab. Geschäftige Motorradfahrer flitzten die Strecke entlang, um die letzten Vorbereitungen zu treffen. Die Bevölkerung von Wusterhausen, Wildau, Zeuthen und Eichwalde erschien wieder in ungewöhnlich großer Zahl, man merkte, daß etwas Besonderes los war.

Die gemeldeten Mannschaften und Einzelläufer erschienen fast ausnahmslos am Ablauf in Deutschwusterhausen. 26 Mannschaften traten den 12 Kilometer langen Weg an. Lange Ketten der Radfahrer, Motorradfahrer und Begleitautos begleiteten die Läufer, so daß es schwer war, sich durchzuwinden. Dennoch ging der Lauf glatt vonstatten. Recht erfreulich war die starke Beteiligung der Landvereine. In geschlossenem Rudel wurden die ersten 1000 Meter bewältigt. Dann zog sich das Feld langsam auseinander. Beim Start der Jugend auf der 3000-Meter-Marke, hatte ASC. das Kommando, dicht gefolgt von Rot-Weiß und Ostring. Von Wildau aus führte Ostring fast auf der ganzen Strecke vor ASC. Nur für kurze Zeit konnte sich Rot-Weiß auf die zweite Stelle schieben. ASC. ließ jedoch die Führenden nicht aus den Augen, nahm mit dem vorletzten Läufer die Führung und beendete das Rennen mit knappem Vorsprung vor Ostring. Letztere werden wegen Teilnahme eines nicht startberechtigten Läufers nicht gewertet, so daß Moabit den zweiten Platz in der A-Klasse belegte. Im Hinterfelde veränderte sich mit den verschiedenen Wechseln das Bild; nur der Eingeweihte hat näheren Einblick; da die Jugend mit von der Partie ist. Rot-Weiß stellte den Sieger in der B-Klasse und bei den 2. Mannschaften. Von den C-Vereinen hatte Groß-Besten die schnellste Mannschaft, während der Jugendlauf von ASV.-Neukölln gewonnen wurde. Kaum hatten die letzten Stafetten das Ziel erreicht, als auch bereits die 12-Kilometer-Einzelläufer in Sicht kamen. Wiederum waren die von früheren Läufen schon bekannten Wassersportler in Front. Schulze (Neptun-Weißensee) gewann vor dem Vorwärts-Ruderer Czyschke und Jähnchen-Kaulsdorf.

12 000-Meter-Stafette: 1. ASC. 35:33:8; 2. Rot-Weiß 36:21:5; 3. Volkssport Neukölln 37:15:2; 4. Wildau 36:51; 5. ASV. Neukölln; 6. Moabit 37:48:1; 7. Rot-Weiß 2 38:13:4; 8. Großbeeren 38:34:2; 9. Niederlehme; 10. Friedersdorf; 11. Zeuthen; 12. Prieros; 13. ASV. Neukölln 2; 14. ASC. 2; 15. Halbe; 16. Moabit 2; 17. Königswusterhausen. — 9000-Meter-Jugendstafette: 1. ASV. Neukölln 25:6:8; 2. Rot-Weiß 29:38; 3. Pankow 29:38; 4. Wildau; 5. Mittenwalde; 6. Eichwalde. — Einzelläufer, 12 Kilometer: 1. Schulze (Neptun-Weißensee) 41:48:8; 2. Czyschke (RV. Vorwärts) 42:29:4; 3. Jähnchen (Kaulsdorf) 44:37:3; 4. Theek (Volkssport Neukölln); 5. Knofke (Moabit); 6. Pospischil (FTGB. Osten); 7. Theer (Werlsee); 8. Hildebrandt (Fürstenwalde).

Dauersieger Sawall

Die „Fünf Trümpfe" auf der Olympiabahn

Für die Dauerrennen, die die Olympiabahn am Sonntag veranstaltete, waren Sawall, Möller, die Franzosen Maronnier und Prieto und der Belgier Thollembeek verpflichtet.

In zwei von den drei Steherläufen dominierte Sawall in seiner gewohnten Manier, indem er sich von Beginn an die Führung sicherte. Wurde er einmal angegriffen, trat er etwas mehr zu, um im Nu seinen Verfolgern zu entwischen. Zum Angriff selbst ging jedoch der Bahnmatador nicht über. Sawall wird bald begreifen müssen, daß er diese Haltung, will er nicht seine Anhänger verlieren, aufgeben hat. Für eine Belebung der einzelnen Rennen wußte der für Berlin neue Prieto in bravouröser Weise zu sorgen. Der junge Fahrer griff jeden an. Wenn er auch ein entscheidendes Wort nicht reden konnte, so lieferte er doch den Beweis starken Könnens. Schnell hatte er in Berlin einen großen Freundeskreis gewonnen. Möllers Revanche an Sawall verpuffte. Er vermochte nur einmal auf zwei Runden Sawall die Führung abzunehmen. Den Sieg, den er im „Australischen Verfolgungsrennen" errang, verdankte er nur der Unachtsamkeit des Sawallschen Schrittmachers, der zwei Runden vor Schluß loszog, ohne seinen Schützling an der Rolle zu haben. Thollembeek und Maronnier hatten nur dann und wann gute Momente.

Kartell für Arbeitersport und Körperpflege, e. V. Laut Beschluß des Kartellhauptvorstandes fällt die im April fällige Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses aus. Nächste GA.-Sitzung am 30. Mai in der neuen Geschäftsstelle der Arbeiter-Samariter in der Dostojstr. 4.

Rundfunk am Abend

Montag, den 18. April.

Berlin.

16.05 Alwin Steinitz: Wer arbeitet, wenn wir schlafen?
16.30 Arien (Paula Geller, Mezzosopran. Flügel: Dr. Felix Günther.)
16.45 Zeitgenössische Musik aus Oesterreich.
17.30 Ballspielen (Lisa Matthias).
17.50 Prof. Dr. R. Hesse: Charles Darwin.
18.10 Dr. P. Koßwig: Die Sozialversicherung nach den Notverordnungen.
18.30 Ernst Toller: Reise in Marokko.
18.55 Die Funkstunde teilt mit...
19.00 Stimme zum Tag.
19.10 Unterhaltungsmusik.
20.05 Mitteilungen des Arbeitsamtes.
20.10 Philharmonie: Festkonzert zur 50-Jahrfeier der Berliner Philharmoniker. Dir.: Dr. Wilhelm Furtwängler. Beethoven: Neunte Sinfonie.
21.35 Tages- und Sportnachrichten.
21.45 „Die Völker lachen." Manuskript: Gerhart Pohl (Ltg.: Edlef Köppen).
22.45 Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. Tanzmusik.

Königswusterhausen.

16.00 Lehrer W. Schuppe: Die dreiklassige Landschule mit zwei Lehrern.
17.30 Heinz Engel: Aberglauben.
18.00 Just: Musizieren mit unsichtbaren Partnern.
18.30 Spanisch für Anfänger.
18.55 Wetter für die Landwirtschaft.
19.00 Aktuelle Stunde.
19.30 Minister Schiele: Was hat der Staat für die Landwirtschaft getan?
Anschließend: Karl Graef: Aus Goethes Naturpoesie.